


«Debatte»

bfs Zeitschrift der Bewegung für den Sozialismus | Frühling 2011 | Nr. 16 | Verkaufspreis: Sfr. 3.–



Die arabischen Revolten gegen Despotie und Unterdrückung

Fiats Grossangriff auf
die Belegschaft

Italiens Arbeiter_innen
stehen vor einer grossen
Herausforderung

Revolutionäre
Sexualreformerin

Paulette Brupachers Einsatz
für die ArbeiterInnen in den
30er Jahren

Die Unia am
Scheideweg

Trotz des Streiks der Beleg-
schaft muss ein Wandel
noch erkämpft werden

Editorial

Seit Beginn des Jahres hat die Bevölkerung der arabischen Welt mit eindrucklichen Protesten und Volksaufständen Geschichte geschrieben. Nach dem Sturz der Despoten in Tunesien und Ägypten gehen die Kämpfe in diesen Ländern weiter. Doch die neue arabische Bewegung für Demokratie und soziale Gerechtigkeit erfasst längst nicht mehr nur die nordafrikanische Mittelmeerküste, sondern auch die arabische Halbinsel (Jemen, Oman, Bahrain und sogar Saudi-Arabien).

Die Linke in Europa reagiert mit Begeisterung, aber auch etwas ratlos auf die Ereignisse. Zwar wurde der anti-islamische Rassismus oft kritisiert. Aber wer hat schon Anstösse für den «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» aus dieser Region erwartet? Das Interesse konzentrierte sich seit langem auf die Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung. Plötzlich erscheint nun Ägypten als Symbol für die Kämpfe von heute und morgen auf der ganzen Welt.

Die westlichen Regierungen suchen geordnete Übergänge in den Ländern, in denen sich ihre langjährigen Verbündeten nicht mehr an der Macht halten können. Das ist das Hauptziel aller politischen (und allenfalls militärischen) Interventionen. Dagegen setzen wir auf die Fähigkeit der Menschen in der arabischen Welt, selbst gegen brutale Repression ihre Rechte zu erkämpfen. Diesem Kampf, von dem wir viel für die Zukunft lernen können, gilt unsere uneingeschränkte Solidarität.

Die Redaktion

Zur Debatte...

INTERNATIONAL

- ▶ Italien: Mit der neuen Unternehmenspolitik Fiats droht den Beschäftigten nicht nur das Ende des Streikrechts. Die geplanten Massnahmen könnten gar eine neue Ära neoliberaler und korporatistischer Arbeitsbeziehungen einleiten. 3
- ▶ USA: Im US-Bundesstaat Wisconsin wehren sich Zehntausende gegen ein gewerkschaftsfeindliches Gesetz der Republikaner. Es wird besetzt und protestiert wie zu Zeiten des Vietnamkrieges. 6

SCHWEIZ

- ▶ Berns neues Sozialhilfegesetz: Am 24. Januar 2011 hat der Berner Grossrat der Revision des Sozialhilfegesetzes zugestimmt. Künftig sollen die Behörden eine Vollmacht erhalten, um Informationen zu beschaffen. 9

SCHWERPUNKT: AUFSTÄNDE IN DER ARABISCHEN WELT

- ▶ 1848 auf arabisch: Die arabischen Volksaufstände haben die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich gezogen. Tariq Ali vergleicht sie mit der europäischen Revolutionswelle von 1848. 10
- ▶ Ägypten: Nach 18 Tagen Volksaufstand musste Hosni Mubarak abtreten. Doch zahlreiche Arbeiter_innen kämpfen nach dem Sturz von Mubarak weiter. Welche Rolle spielt(e) die Arbeiter_innenklasse im ägyptischen Volksaufstand? 12

FEMINISMUS

- ▶ Sexualaufklärung: Die Forderungen der Sexualreformerin Paulette Brupbacher waren für ihre Zeit revolutionär. Ein Einblick in ihr Engagement für die Arbeiterinnen in den 1930er Jahren. 16

GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

- ▶ Die Unia am Scheideweg: Der Streik der Uniabelegschaft in Bern wirft Fragen über eine künftige Grunderneuerung der Gewerkschaft auf. 18

NEUE LINKE

- ▶ Avantgarde: Heute scheint der Begriff der Avantgarde im besten Fall ins Museum der Arbeiter_innenbewegung zu gehören. Ist er heute dennoch brauchbar? Eine Standortbestimmung, erster Teil. 21

Die Fiat-Werke zählten bis zu den 1980er Jahre zu den Bastionen der Arbeiter_innenwiderstände Italiens. Der aktuelle CEO von Fiat Sergio Marchionne hat nun unter Androhung der Standortverschiebung das Projekt «Fabbrica Italia» **erzwungen, was schwerwiegende Folgen für die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsbeziehungen in Italien allgemein haben wird.**

Maurizio Coppola

Ende einer Ära der Arbeitsbeziehungen?



«Entweder fügen sich die Arbeiter_innen den neuen Bedingungen, oder der Konflikt wird durch eine Mobilisierung öffentlich gemacht. Ein Dazwischen existiert in der aktuellen Phase des Klassenkampfes nicht.»

Ende 1970er Jahre zählte die Produktionsstätte der Fiat in Turin (Mirafiori) über **100'000 Arbeiter_innen und Angestellte**. Sie war eine Bastion der Arbeiter_innenwiderstände zwischen 1969 und 1980. In jenen Jahren war die Autoindustrie der fortgeschrittenste Punkt der kapitalistischen Produktion. Gleichzeitig entwickelten sich die Fiat-Arbeiter_innen zu einem «öffentlichen Subjekt». Ihre Kämpfe und ihre Organisationsformen (kollektiv, nicht von den Gewerkschaften bestimmt) warfen die Frage nach Gesellschaftsveränderung auf. Mit der Krise des Automobils in der ersten Hälfte der 70er Jahre kamen die ersten Entlassungen, die vor allem die kämpferischen Kerne in der Fabrik trafen. Ab 1978 wurde die Produktion wieder erhöht und neue Ar-

beiter_innen eingestellt. Es war eine Generation, die sich von der vorigen unterschied und neue Widerstandsformen in die Fabrik brachte. 1980 kam dann die Wende. Ein 35-Tage-Streik gegen die Ankündigung von 15'000 Entlassungen wurde zur entscheidenden Niederlage der Arbeiter_innen.¹ Heute **arbeiten etwas weniger als 5'500 Leute in Mirafiori**.

Die Autoindustrie in der Krise

Heute befindet sich die Automobilindustrie in einer tiefen strukturellen Krise auf Grund der Überkapazitäten in der Produktion. Die Weltwirtschaftskrise von 2008-2009 hat sie verschärft. Alleine in Westeuropa brach der Verkauf von Autos zwischen 2007 und 2009

von 17,2 Mio. auf 13,5 Mio. Fahrzeuge ein. Somit verringerte sich die Auslastung von 75-80% auf 50-60%² **der Produktionskapazität**. Grund dafür sind die progressive Sättigung des Automobilmarktes, die Konkurrenz zwischen grossen Automobil-Gruppen und der Rückgang der Kaufkraft in den Ländern des Zentrums durch die Angriffe auf die Lohnbedingungen der Arbeiter_innen.³

In diesem globalen Kontext hat Sergio Marchionne, CEO von Fiat, einen neuen Plan lanciert mit dem Ziel, die Produktion in Italien und die Profitabilität des Unternehmens wieder anzukurbeln.⁴ Dieser unter dem Namen *Fabbrica Italia* (Unternehmen Italien) bekannt gewordene Plan soll laut dem CEO *«das Volumen erhöhen und die Kosten senken. Es gibt nichts anderes und es ist nicht kompliziert»*.⁵ *Fabbrica Italia* basiert auf vier wesentliche Strategien⁶: Erstens sollen neue Absatzmärkte im Ausland erschlossen werden. Der Anteil der exportierten Fahrzeuge soll bis zum Jahre 2014 von 40 auf 65% steigen; zweitens sollen die Arbeitskosten über die «rationalisierte» Produktionsorganisation gesenkt werden; drittens sollen Investitionen (30 Milliarden Euro) eine Flexibilisierung der Produktion garantieren und somit die Schwankung der Nachfrage nach Fahrzeugen (sowohl quantitativ wie auch qualitativ) besser auffangen; schliesslich zielt das Abkommen auf die Herstellung neuer Arbeitsbeziehungen, in denen unternehmerfreundliche Gewerkschaften (*sidacati collaborazionisti*) über paritätische Institutionen integriert und kämpferische Gewerkschaften ausgeschlossen werden.

Intensivierung der Arbeit

Das neue Abkommen, das die Leitung von Fiat den Arbeiter_innen und Angestellten von Mirafiori zur Abstimmung unterbreitet hat, sieht wesentliche Veränderungen der Arbeitsorganisation vor, die unter dem Leitmotiv «Intensivierung der Arbeit» subsumiert werden können. Die folgende Tabelle stellt die wichtigsten Veränderungen dar.

«Das Unternehmen entzieht sich den bis dahin national gültigen Regeln bezüglich Arbeitsbedingungen und gewerkschaftlicher Vertretung in der Industrie.»

Vorher	Nachher
Zwei Schichten à 8 Stunden (5-Tage-Woche)	Drei Schichten à 8 Stunden (6-Tage-Woche) oder – bei betrieblichem Bedarf – zwei Schichten à 10 Stunden (5 Tage)
Pausen: 2 x 20 Minuten	Pausen: 3 x 10 Minuten
Mittagspause nach 4 Stunden Arbeit	Die Mittagspause verschiebt sich auf Ende Schicht (nach 8 Stunden Arbeit).
Bis zu 40 Überstunden pro Jahr	Bis zu 200 Überstunden pro Jahr
Im Krankheitsfall wird ab dem 1. Tag der Lohn weiterbezahlt.	Die ersten zwei Krankheitstage bleiben unbezahlt.
Das Streikrecht gilt	Absoluter Arbeitsfriede (streiken kann mit Entlassung bestraft werden).
Gewerkschaftsvertreter werden auf der Basis von Wahllisten gewählt; alle Gewerkschaften dürfen sich beteiligen.	Bei der Wahl der gewerkschaftlichen Vertreter dürfen nur diejenigen Gewerkschaften teilnehmen, die das Abkommen mit der Fiat unterzeichnet haben (faktischer Ausschluss der Gewerkschaften Fiom und der Cobas?).

Mit diesem Abkommen hat die Fiat die Arbeiter_innen vor eine nicht existierende freie Wahl gestellt: Entweder sie akzeptieren das neue Abkommen oder die Produktion wird ins Ausland verlegt. Unter solchen Bedingungen ist es schwierig, der Intensivierung der Arbeit nicht zuzustimmen, vor allem in einem sozioökonomischen Krisenkontext, wie ihn Italien erlebt.⁸ Nebst der antigewerkschaftlichen Politik der Fiat wird das neue Abkommen auch eine wesentliche Verschlechterung der Gesundheitsbedingungen herbeiführen. Diese haben sich schon mit der Einführung neuer Methoden der Arbeitsorganisation an den Fließbändern im Jahre 2006 verschlechtert. Die unter dem *World Class Manufacturing* fallenden Methoden haben zum Ziel, die Arbeiter_innen mehr arbeiten zu lassen, indem die «tote Zeit» und die Ausführung von Arbeitsschritten, die keinen Mehrwert produzieren, reduziert werden. Dadurch erhöhen sich jedoch die Erkrankungen an Muskeln und Gelenken, wie unterschiedliche Studien belegen.⁹ Die Leitung der Fiat hat ein Referendum

innerhalb des Betriebes organisiert, um dem neuen Abkommen eine «demokratische Legitimität» zu verschaffen. Die Abstimmung vom 14. Januar 2011 fiel jedoch wider Erwartungen äusserst knapp aus (siehe Tabelle unten rechts). Vor allem diejenigen Personen, die an den Fließbändern tätig sind, haben dem neuen Abkommen nicht zugestimmt. Hingegen äusserten sich die Angestellten praktisch geschlossen positiv zum neuen Vertrag. Der Ausgang dieser Wahl wirft Fragen zur Klassenzusammensetzung und zur gemeinsamen bzw. unterschiedlichen Interessenlage von Arbeiter_innen und Angestellten auf – wesentliche Fragen für die gewerkschaftspolitische Praxis.

Eine neue Art von Arbeitsbeziehungen

Die Neuheit dieses Abkommens liegt in erster Linie im System der Vertretungen von Arbeiter_innen und Unternehmen. Marchionne hat für die Investitionen bei Fiat die *newco* gegründet, die nicht Mitglied der *Confindustria*¹⁰ wird. Die *newco* ist ein durch Fiat *ad hoc* gegründetes Unternehmen mit dem

Ziel, die Arbeiter_innen eines Betriebes zu entlassen und sie anschliessend wieder einzustellen, ohne den Gesamtarbeitsvertrag des Sektors zu respektieren. Das Unternehmen entzieht sich den bis dahin national gültigen Regeln bezüglich Arbeitsbedingungen und gewerkschaftlicher Vertretung in der Industrie. Dahinter steht die Logik eines puren, transnationalen Kapitalismus, der keine nationale Vertretung akzeptiert. Damit ergibt sich eine neue Art von Korporatismus, der einerseits die Gewerkschaften stark in die unternehmerische Logik miteinbezieht (amerikanisches Modell), andererseits Unternehmen erlaubt, aus den unternehmerischen Dachverbänden und somit aus dem Geltungsbereich von Gesamtarbeitsverträgen auszutreten (deutsches Modell).¹¹ Somit wird die Dezentralisierung der Vertragsverhandlungen gefördert.¹² Die Rede ist von einer «Rückkehr in die 50er Jahre»¹³ und einer «modernen Sklaverei».¹⁴

Im Unterschied zu den «gelben» Gewerkschaften, die sich mit dem neuen Abkommen v.a. einen mittelfristigen Standorterhalt erhoffen,¹⁵ haben die zwei kämpferischen Gewerkschaften Fiom und Cobas das Abkommen nicht unterzeichnet und verlieren somit ihre Vertretung innerhalb der Betriebe. Die neuen Arbeitsbeziehungen in der Fiat werden in Zukunft als Beispiel für andere Unternehmen dienen. Daraus resultieren

Wer hat wie abgestimmt in Mirafiori? (94% der 5'431 Personen haben abgestimmt)		
	JA	NEIN
Arbeiter_innen	50.1%	49.9%
Montagebänder	46.8%	53.2%
Karosserie	49.3%	50.7%
Lackierung	56.4%	43.4%
Nachtschichten	70.2%	29.8%
Angestellte	95.5%	4.5%
TOTAL	54.1%	45.9%



faktisch nur zwei Handlungsoptionen: Entweder fügen sich die Fiom, die Cobas und mit ihnen die kämpferischen Arbeiter_innen diesen neuen Bedingungen oder der betriebliche Konflikt wird durch eine breite Mobilisierung zu einer gesellschaftlichen Angelegenheit gemacht. Nur so können weitere sozialen Angriffe verhindert werden. Ein Dazwischen existiert in der aktuellen Phase des Klassenkampfes nicht. ♦

Nach dem 28. Januar: Die Mobilisierung geht weiter

Nach der knappen Annahme des neuen Abkommens für die Fiat-Produktionsstätte in Mirafiori hat die Basisgewerkschaft Fiom zu einem landesweiten Streiktag gegen die Angriffe der Patrons und der italienischen Regierung aufgerufen. Ausgehend von den Geschehnissen rund um Mirafiori hat sich der Protest auf die allgemeine soziale und politische Lage des Landes ausgeweitet. Denn Berlusconi hatte wenige Tage vor der Abstimmung zum neuen Abkommen während eines Treffens mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel kommentiert: «Wenn das Nein gewinnt, ist es richtig, dass Fiat Italien verlässt» (*corriere.it*, 12.1.11). Damit hat sich der italienische Ministerpräsident einmal mehr als verlängerter Arm der Kapitalinteressen des CEO der Fiat Sergio Marchionne entpuppt. Am 28. Januar liefen dann neben den Arbeiter_innen der Metallindustrie auch die Student_innen an den Demonstrationen mit. Gerade ihnen war es im Dezember 2010 gelungen, breite Mobilisierungen gegen die Sparmassnahmen im Bildungsbe-

reich (*legge Gelmini*) zu organisieren. Gleichzeitig mobilisierten sich in mehreren Städten Migrant_innen-Kollektive gegen die xenophobe Politik des italienischen Innenministers Roberto Maroni der Lega Nord. Mitte Februar 2011 waren in über 230 Ortschaften Italiens mehrere Hundetausend Frauen auf die Strasse gegangen, um gegen den Sexskandal (*Rubygate*) von Silvio Berlusconi, das machistische Frauenbild in Italien und Frauendiskriminierung bei der Arbeit und in der Gesellschaft zu protestieren. Um diesen verstreuten sozialen Bewegungen eine konvergierende Tendenz zu geben, wurde zu einem «Forum der Oppositionen» (*ilmegafonoquo-tidiano.it*, 10.2.11) aufgerufen, welches ausgehend von sozialen Konflikten die Voraussetzungen für eine neue Linke schaffen soll (*sinistracritica.it*, 10.2.11). Erfolgreich kann eine solche Initiative jedoch nur sein, wenn die Radikalisierung der Bewegungen über weitere Mobilisierungen in den Fabriken, den Universitäten und auf der Strasse weitergeht.

1 Vgl. zur Geschichte von Fiat *TheKla 15. Schichtwechsel. Fiat und die Arbeiter(innen). Die Immigration – der Heisse Herbst – der Waffenstillstand – die 35 Tage.*

2 *Il sole 24 ore*, 10.3.2009.

3 *Die Ausweitung des «Leasings» muss in diesem Zusammenhang analysiert werden: Da sich die Lohnabhängigen immer weniger Konsumgüter leisten können, werden neue Kaufmodelle entwickelt, die Ratenzahlungen erlauben.*

4 *Fiat hat in Europa neun Produktionsstätten, sechs davon in Italien, je eine in Polen, in der Türkei und in Serbien. Das Projekt Fabbrica Italia wurde zuerst in der Produktionsstätte bei Pomigliano d'Arco (Neapel) durchgesetzt und hätte ein Unikum bleiben sollen. Wenige Wochen später wurde es aber auch in Mirafiori gestartet.*

5 *Corriere della sera*, 22.4.2010.

6 Vgl. *Cianferoni, Nicola. Quand la Fiat veut briser les droits syndicaux. Januar 2011. www.aleoncontre.org.*

7 *Die Fiom organisiert die Arbeiter_innen der Metallindustrie innerhalb der Cgil, der grössten «roten» Gewerkschaft Italiens. Die Cobas sind eine Basisgewerkschaft, die sowohl kämpferisch wie auch minoritär ist.*

8 *Italien befindet sich in einer permanenten sozialen, politischen und ökonomischen Krise. Seit der Weltwirtschaftskrise 2007-2008 hat sich die Situation noch einmal zugespitzt. Auf der Ebene der Binnenproduktion und des Binnenkonsums stagniert Italien seit Jahren. Nur der Exportsektor hat sich in den letzten zwei Jahren wieder erholt, was auf tiefe Lohnkosten und kapitalfreundliche Produktionsbedingungen hinweist. Dabei sind die Nord-Süd-Unterschiede markant. Vgl. *La Repubblica*, 19.2.2011, S. 28.*

9 Vgl. *Cannavò, Salvatore. La fatica di lavorare alla Fiat. Januar 2011. www.ilfattoquotidiano.it*

10 *Die Confindustria ist der Dachverband der italienischen Industrieunternehmen und -betriebe, der mit den Gewerkschaften einen national gültigen Vertrag abgeschlossen hat.*

11 *Die Unterscheidung zwischen deutschem und amerikanischem Modell des Korporatismus wird in einem Artikel in *La Repubblica* vom 13.12.2010 vom Professor für politische Ökonomie an der Universität Cattolica in Mailand Carlo Dell'Aringa gemacht.*

12 Vgl. *Così lo «tsunami Marchionne» sconvolge le relazioni industriali. *La Repubblica*, 13.12.2010.*

13 *La Repubblica*, 24.12.2010.

14 *Operai Contro*, 31.12.2010.

Ein neues gewerkschaftsfeindliches Gesetz im US-Bundesstaat Wisconsin hat zur Entstehung einer breiten Protestbewegung geführt. Auch wenn das Gesetz am **9. März durch eine Finte im Parlament vorerst durchgesetzt werden konnte, ist die Bewegung von herausragender Bedeutung.** Wir veröffentlichen hier einen Artikel von Ende Februar, der im britischen Guardian erschienen ist (Red.).

Ewen MacAskill*

Kill the Bill! Aufstand in Wisconsin



Protestierende skandieren gegen das gewerkschaftsfeindliche Gesetz im Madison Kapitol.

Im Eckfenster des Barriques Coffee-Shops, einen Block vom Parlament in der Wisconsin-Hauptstadt Madison entfernt, verlangt ein Plakat: «Arbeiter_innen aller Länder, vereinigt euch!» Nicht gerade die Art von Aushang, wie man sie in Restaurants

gewöhnlich findet. Aber die vergangenen Tage waren aussergewöhnlich für Madison. Zehntausende kamen in dieser normalerweise ruhigen Stadt im mittleren Westen zu den grössten Demonstrationen zusammen, die Amerika seit dem Vietnam-Krieg erlebt

hat. Tausende halten seither das State Capitol besetzt. An ihrer Seite Gewerkschafter_innen aus allen Teilen der USA, die den wichtigsten Arbeitskampf seit den fünfziger Jahren führen. Die amerikanische Linke, so scheint es, hat ihre Stimme wiedergefunden. Vereint kämpft sie gegen ein Gesetz, das Scott Walker, republikanischer Gouverneur von Wisconsin, durchbringen will, um fortan Fragen der Renten, Gesundheitsfürsorge und Arbeitsbedingungen aus Tarifverhandlungen zu verbannen – es soll nur noch um Löhne gehen.

Zustände wie 1886

Am meisten haben Walkers antidemokratische Methoden erzürnt. Mitte Februar versetzte er die Nationalgarde in Bereitschaft, um jeden Widerstand gegen sein Gesetz niederzuschlagen. Als in Wisconsin Nationalgardisten letztmalig gegen streikende Arbeiter_innen aufzogen, war das am 1. Mai 1886.

Passend dazu, ist Walkers Gesetzentwurf auf diktatorische Vollmachten aus, die an den Missbrauch exekutiver Gewalt durch US-Gouverneure im 19. Jahrhundert erinnern. In einer Presseerklärung aus seinem Büro heisst es: «Wenn der Gouverneur den Not-

Das Gesetz AB 11 oder der Klassenkampf von oben

Scott Walkers Gesetz bildet die Grundlage für einen breit angelegten Angriff auf die us-amerikanischen Lohnabhängigen. Seine Amtszeit startete der republikanische Gouverneur mit einem Geschenk in Form von Steuererleichterungen an die Unternehmen in der Höhe von 140 Millionen US-Dollar. Gleichzeitig liess er verkünden, die Überwindung der Haushaltskrise habe oberste Priorität. Im Namen des Kampfes gegen das Defizit führte er ein Gesetz ein, mit dem die Kosten der öffentlichen Angestellten für Krankenversicherung und Altersrente von 5000 auf 7000 Dollar pro Jahr angehoben wurden. Nicht ganz zufällig sind die Angestellten der Feuerwehr und der Polizei von dieser Massnahme ausgenommen,

die Spaltung der Arbeiter_innen soll Widerstand unwahrscheinlicher machen.

Das Hauptziel des neuen Gesetzes ist klar: Die Position der Lohnabhängigen und der Gewerkschaften soll massiv geschwächt werden, um künftige Angriffe auf die Lohnabhängigen leichter umsetzen zu können. Konkret sieht das Gesetz vor:

1. Die Gewerkschaften sollen nur noch über die Höhe der Löhne verhandeln dürfen, für alle anderen Fragen sind keine Verhandlungen mehr vorgesehen!
2. Streiks der öffentlichen Angestellten sollen – unter Androhung des Einsatzes der Nationalgarde – verboten werden.
3. Automatische Beitragszahlungen an die

Gewerkschaften sollen abgeschafft werden.

4. Arbeitsverträge dürfen nicht mehr länger als ein Jahr gültig sein.
5. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen jährlich darüber abstimmen, ob sie die Gewerkschaft als verhandlungsberechtigtes Organ anerkennen.

Neben diesem Gesetz sind zahlreiche weitere Kürzungen im Gesundheits- und Bildungswesen vorgesehen, von denen vor allem arme Familien betroffen sind. Die öffentlichen Schulen sollen 500 Millionen Dollar weniger erhalten, bei der öffentlichen Krankenversicherung für ältere und behinderte Menschen sollen 500 Millionen eingespart werden (Red.).

«Beim ersten Meeting am 14. Februar waren es 20'000 Leute, inzwischen sind wir 70'000 bis 80'000.»

stand erklärt, dann sieht das Gesetz künftig Gremien vor, die jeden Beschäftigten entlassen können, der drei Tage ohne Zustimmung seines Arbeitgebers der Arbeit fern bleibt oder an einer organisierten Arbeitsniederlegung oder einem Dienst nach Vorschrift teilnimmt.»

Alles fing damit an, dass Lehrer_innen, Student_innen, Stahlarbeiter_innen, Krankenpfleger_innen und Pensionär_innen in Madi-

«Wir könnten Provokateure zu den Demonstranten schicken, um diese zu diskreditieren.»

son zwölf Tage lang ununterbrochen auf die Strasse gingen. Man sah Schilder mit der Aufschrift «Cops for Labor», obwohl Polizei und Feuerwehr von Walkers Anti-Gewerkschaftsobsession ausgenommen sind. *«Wir müssen zu unseren Brüdern und Schwestern halten»,* sagt der 41-jährige **Deputy Sheriff Jim Brigham**, der auf einer der schneebedeckten Mauern des Kapitols steht und zu **50 Kollegen spricht. Für ihn sei das beabsichtigte Gesetz Teil eines gewerkschaftsfeindlichen Feldzuges der Konservativen, die finanziell von den milliardenschweren Koch-Brüdern¹ unterstützt würden. «Die versuchen, diesen Staat einzunehmen. Wenn er fällt, werden andere folgen», meint Brigham und hat recht. Ohio, Indiana, Arizona und andere Staaten neigen zu gleichen Anti-Gewerkschaftsgesetzen.**

Ground Zero in Madison

Unter den Demonstranten ist auch der 63-jährige Dennis Coyier. Er trägt einen Uncle-Sam-Hut und verkauft für zwei Dollar Buttons mit Aufschriften wie «Kill the Bill!» und «Walker Sucks». *«Als sich Reagan vor Jahren mit der Gewerkschaft der Fluglotsen angelegte, war das wichtig. Aber das hier ist wichtiger, es geht um alle. Wir befinden uns auf Ground Zero. Hier ist der Ort, an dem die Schlacht geschlagen wird.»*

Im Inneren des Parlaments harren Tausende von Besetzer_innen aus. Die Polizei hat

gelbes Absperrband um Marmorsäulen gewickelt, damit Zugänge zu Parlamentsräumen und Büros gesperrt sind. Ansonsten halten die Aufständischen das gesamte Gebäude und sorgen für eine Atmosphäre von Musik-Festival, Kommune und Höflichkeit des mittleren Westens. In den Nischen liegen Schlafsäcke für Hunderte von Protestierenden, die über Nacht auf Posten bleiben. Ber-

ge von Pizza-Schachteln und Wasserflaschen, die von lokalen Unternehmen gespendet oder von Unterstützer_innen aus dem ganzen Land finanziert werden, stapeln sich auf den Fluren.

Der 27-jährige John Stavrellis hält ein Plakat mit der Aufschrift «Gays for Unions» (Schwule für die Gewerkschaften) in die Höhe. Man sei von den Studentenprotesten in Grossbritannien inspiriert und natürlich vom Aufruhr in Libyen, Tunesien und Ägypten.

«Unglaublich, wie schnell die Bewegung wächst – beim ersten Meeting am 14. Februar waren es 20'000 Leute, inzwischen sind wir 70'000 bis 80'000.»

Gouverneur Walker, 2010 durch den Beistand der Tea Party gewählt, beteuert, er wolle keine Gewerkschaft zerschlagen, sondern lediglich das Staatsdefizit reduzieren. Bei einem scherzhaften Telefonanruf, bei dem er die Koch-Brüder¹ am anderen Ende glaubte, liess er durchblicken, er rechne damit, dass die Medien irgendwann ihr Interesse an dieser Auseinandersetzung verlieren, die Proteste einschließen und er nach Kalifornien fliegen könne, um mit den Kochs zu feiern.

Notfalls Generalstreik

Inzwischen freilich sympathisieren auch Demokrat_innen im Senat von Wisconsin mit den Demonstrant_innen und tauchen ab,

um den Republikaner_innen das nötige Quorum zu verderben, die mindestens eine_n demokratische_n Parlamentarier_in brauchen, um beschlussfähig zu sein. Für den Fall, das Gesetz sollte doch vom Senat in Wisconsin verabschiedet werden, planen die Gewerkschaften einen Generalstreik.

Die Eskalation hat einen kaum zu unterschätzenden parteipolitischen Aspekt, gehören doch die Gewerkschaften zu den grössten Financiers der Demokratischen Partei. Wer sie abwürgt, erklären die Demonstrant_innen in Madison, Sorge dafür, dass die Republikaner_innen auf eine Generation hinaus in den USA das Sagen haben. Deshalb würden die Konservativen in Wisconsin das Gesetz schon jahrelang vorantreiben. Der Glaser Mike Minon, der seit Tagen im Kapitol von Madison aushart, ist überzeugt: Sollte diese Schlacht verloren gehen, wären die Arbeiter_innen schutzlos schrumpfenden Löhnen ausgeliefert.

Es ist kein Zufall, dass gerade Wisconsin

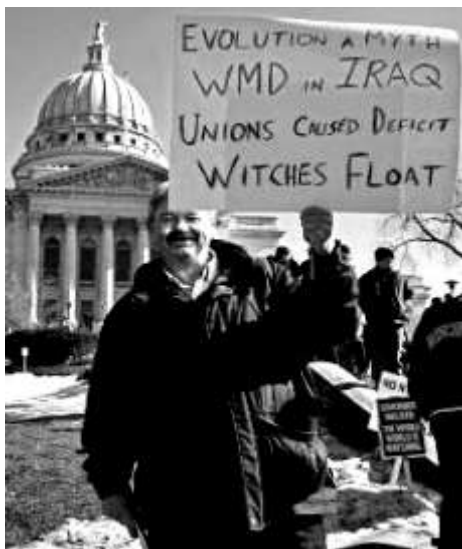


Scott Walker

Jedem politischen Programm seine angemessene Methode: In einem Telefongespräch mit dem Gonzo-Journalisten Ian Murphy zog Gouverneur Walker in Erwägung, Provokateure zu Demonstrationen zu schicken, um diese zu diskreditieren. Die 14 demokratischen Senator_innen, die die Abstimmung im Parlament durch ihre Abwesenheit verhindert hatten, wolle er wegen schwere Straftaten anklagen² (Red.).

«Die Eskalation hat einen kaum zu unterschätzenden parteipolitischen Aspekt, gehören doch die Gewerkschaften zu den grössten Financiers der Demokratischen Partei.»

eine solche Konfrontation erlebt. Der Bundesstaat besitzt eine reiche Gewerkschaftsgeschichte, war ein Jahrhundert lang Laboratorium für soziale Reformen und als nördlicher Aussenposten der USA weitgehend von



Viele sind der endlosen Lügen überdrüssig (Plakat): «Die Evolutionstheorie ist ein Mythos. Im Irak hat es Massenvernichtungswaffen. Die Gewerkschaften haben das Haushaltsdefizit verursacht. Es gibt Hexen.»

deutschen Einwanderer_innen bevölkert. Die importierten nicht nur Bratwurst und Bier, sondern auch Bismarcks Wohlfahrtspolitik in Gestalt einer Sozial- und Unfallversicherung für Arbeiter_innen. 1959 war Wisconsin der erste US-Staat, der ein Recht auf Tarifverhandlungen festschrieb.

Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung verlor im zurückliegenden Jahrhundert zwar an Mitgliedern und Einfluss, hat aber nie kapituliert. Sie musste es als schwerste Niederlage hinnehmen, dass der US-Kongress 1947 das *Taft-Hartley-Gesetz* verabschiedete und damit ein Generalstreik quasi verboten war. 1981 gab es einen weiteren Rückschlag, als sich Präsident Reagan mit streikenden Fluglotsen anlegte und gewann, indem er alle entliess. Wisconsin aber lässt auf einen Erfolg hoffen, der für die Trade Unions und die Linke mehr wert sein könnte, als sich augenblicklich absehen lässt. ♦

* Die Originalfassung des Artikels auf Englisch (*US left finds its voice over Wisconsin attack on union rights*) auf: www.guardian.co.uk. Deutsche Übersetzung von Holger Hutt: www.freitag.de/politik/1109-kill-the-bill.

1 Die Koch-Brüder sind die Eigentümer von Koch Industries, einem us-amerikanischen Unternehmen mit

Firmensitz in Kansas. Das Mischunternehmen ist unter anderem in den Sektoren Erdöl, Chemie, Energie, Asphalt, Erdgas, Kunstdünger, Nahrungsmittel und Kunststoff tätig. Koch Industries und die Koch-Brüder unterstützen die rechtskonservative Tea-Party-Bewegung finanziell und organisatorisch.

2 Siehe <http://blogs.taz.de/paris-washington/2011/02/26/grube/>.

3 Siehe dazu beispielsweise den englischsprachigen Bericht auf *Socialist Worker* über die geplanten «Sanierungsmaßnahmen» in New York: <http://socialistworker.org/2011/01/13/cuomo-lowers-the-ax>.

4 Siehe Spiegel-Artikel «Obama verordnet Amerika harten Sparkurs». www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,745307,00.html.

BUCHTIPP



Der geplante Tod einer Fabrik

Eine rentable Kartonfabrik mit einer hoch motivierten Belegschaft darf keinen Karton mehr herstellen. Was sich absurd anhört, hat sich im Frühsommer 2010 im bernischen Deisswil genau so abgespielt.

Das Buch «Der geplante Tod einer Fabrik - Der Kampf gegen die Schliessung der Karton Deisswil» zeichnet diese Geschichte nach. Das Herzstück besteht aus Gesprächen mit elf Arbeitern der ehemaligen Karton Deisswil AG. www.aproposverlag.ch.

ISBN 978-3-905984-02-6 | S. 221 | Sfr. 13,50

Die Rolle der Demokraten

Die aktuellen Angriffe auf die Gewerkschaften, Arbeitsbedingungen und Sozialversicherungen in den USA werden in aller Regel der ultrarechten Tea Party-Bewegung und der republikanischen Partei zugeschrieben. Zu Recht gerät aber auch die Obama Administration und die demokratische Partei langsam ins Visier der Protestbewegung. Denn auch wenn die härtesten und offensichtlichsten Angriffe derzeit «von ganz rechts» kommen, so leisten demokratische Gouverneure wie Andrew Cuomo in New York oder Pat Quinn in Illinois ebenfalls gute Dienste, wenn es darum geht, Sozialprogramme zu streichen, Löhne einzufrieren oder Angestellte zu entlassen³.

Auf Grund der finanziellen Abhängigkeit

der Demokraten von den Gewerkschaften, die Teile ihres Wahlkampfes mitfinanzieren, zögern die Demokraten allerdings, wenn es darum geht, die Gewerkschaften frontal anzugreifen.

Am 14. Februar hat Präsident Obama im Übrigen sein neues Sparprogramm vorgestellt und angekündigt, er wolle während den kommenden fünf Jahren mehr als 1000 Milliarden Dollar einsparen, zwei Drittel davon mittels Kürzungen bei verschiedenen Programmen (Umweltschutz, Heizkostenhilfe für Bedürftige usw.)⁴. Grundstein und Rechtfertigung für weitere arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche «Sanierungsprogramme» sind also gelegt (Red.).

Am 24. Januar 2011 hat der Berner Grosse Rat der Revision des Sozialhilfegesetzes (SHG) zugestimmt. Neben mehreren rechtsstaatlich fragwürdigen und diskriminierenden Bestimmungen enthält das beschlossene Gesetz neu den skandalösen Art. 8b Abs. 3.

Maurizio Coppola

Referendum gegen das neue Sozialhilfegesetz

«Für Informationen, die [...] nicht beschafft werden können, holen die mit dem Vollzug dieses Gesetzes betrauten Personen von den betroffenen Personen zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs um Gewährung von Sozialhilfe eine Vollmacht ein.»

Dies bedeutet, dass mit der Generalvollmacht die Behörden jegliche Informationen über die Antragstellenden beschaffen können. Lebenspartner_innen, Arbeitgeber_innen, Banken, Ärzt_innen, Anwalt_innen, Sozialarbeiter_innen etc. werden gesetzlich gezwungen, die Informationen weiterzugeben.

Mehr Kontrollen, weniger Unterstützung

Mit der Einführung der Sozialhilfe sowie der Arbeitslosen- und Invalidenversicherung war einst die Absicht verbunden, das entwürdigende Moment von Notlagen zu vermeiden. Die Gefahr des Ausschlusses aus dem Arbeitsmarkt wurde als spezifisches kollektives Risiko erkannt. Mit der Aktivierungspolitik – die seit Mitte 1990er Jahre die schweizerische Sozialpolitik prägt – wurde die Verantwortung für Invalidität, Erwerbslosigkeit und Armut an die direkt Betroffenen selbst delegiert und somit individualisiert. Die «Krise des Wohlfahrtsstaates» wird auf die «ungerechtfertigte Beanspruchung sozialer Leistungen» zurückgeführt.

In dieser Argumentationslogik erhält die Verschärfung von Kontrollen und Sanktionen im Bereich der Sozialpolitik mehr Legitimität, Beratung und Unterstützung geraten immer mehr in den Hintergrund. Dies geschieht durch eine verstärkte Bekämpfung angeblichen, aber nur selten tatsächlich nachweisbaren Missbrauchs.¹ Durch eine Moralisierung des Zugangs zu sozialen Leistungen verlieren kollektive Risiken ihre grundlegende Anerkennung.

Verschärfungen im Kanton Bern

Schon im Jahre 2009 hat der Grosse Rat der Einführung von Sozialinspektoren zugestimmt. «Dabei sind auch Überwachungen ohne

Wissen der betroffenen Personen explizit vorgesehen², wird erklärt. Dies war der erste Schritt in Richtung einer orwellischen Sozialhilfe, in der die Herrschenden grenzenlos alle Instrumente anwenden können, um die Schwächeren der Gesellschaft zu kontrollieren.

zen und somit das Risiko einzugehen, Wähler_innenanteile zu verlieren.

Das Komitee für Arbeitslose und Armutsbetroffene (Kabba) hat mit der Unterstützung von anderen kleineren politischen Organisationen und Einzelpersonen das Referendum



Während den Auseinandersetzungen um die Aufhebung des Bankgeheimnisses rund um den Fall UBS in den Jahren 2008/2009 hat der ehemalige Präsident der schweizerischen Bankenvereinigung Pierre Mirabaud erklärt, dass der Schutz der Privatsphäre ein fundamentales Menschenrecht ist. Mit dem neuen SHG wird jedoch das Sozialhilfegeheimnis faktisch aufgehoben. Es unterstreicht einmal mehr, dass der Schutz der Privatsphäre immer wie mehr nur für die besitzenden Klassen gilt.

Die sozialdemokratische Partei des Kantons Bern unterstützt das Referendum bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht – ihr ist es wohl wahlpolitisch zu heikel, sich vor den Nationalratswahlen im Herbst 2011 für die Schwächsten unserer Gesellschaft einzuset-

ergriffen. Bis zum 24. Mai 2011 müssen **10'000 Unterschriften gesammelt werden**. Wir sind auf eure Hilfe angewiesen! Weitere Informationen, Kontaktadressen und Unterschriftenbogen findet ihr auf www.referendum-sozialhilfegesetz.ch. ♦

¹ Im März 2008 kam für die Stadt Zürich ein Untersuchungsbericht heraus, in dem 473 Sozialhilfedossiers auf Missbrauch untersucht wurden. Statt der eingeklagten zwei Dritteln wurden gerade in 12 Fällen Unregelmässigkeiten gefunden, was – wie es im Bericht heisst – zu einem «unwiederbringlichen finanziellen Schaden» von Sfr. 24'627.- geführt hat (!).

² Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern. Sozialinspektion im Kanton Bern: Übergangsregelung 2010 und 2011. 2. Februar 2010.

AUFSTÄNDE IN DER ARABISCHEN WELT

Eine Welle von Volksaufständen hat die arabische Welt erfasst. Möglicherweise war die Vertreibung der tunesischen und ägyptischen Despoten nur der erste Höhepunkt eines langen Prozesses. Tariq Ali schlägt eine Einschätzung der historischen Bedeutung der Ereignisse vor, indem er einen Blick zurück und einen Blick in die Zukunft wirft (Red.).

Tariq Ali*

Das 1848 der arabischen Welt

Die Weigerung der Bevölkerung, den Schlagstock zu küssen oder zu ignorieren, mit dem sie seit vielen Jahrzehnten gezüch-

ohne Zeremonie fallen lassen und behaupten würden, sie seien schon immer für Demokratie gewesen.

Wohlstand geblendet wird – und für wirtschaftliche Gerechtigkeit. Das ist der Unterschied zur ersten Welle des arabischen Nationalismus, die sich vor allem darauf konzentrierte, die Überreste des britischen Empire aus der Region zu vertreiben. Unter Nasser⁴ **haben die Ägypter_innen den Suez-Kanal verstaatlicht** und eine Invasion durch Grossbritannien, Frankreich und Israel erlebt; aber dafür fehlte die Erlaubnis von Washington, und deshalb mussten die drei ihre Truppen zurückziehen.

1. Welle des arabischen Nationalismus

Kairo jubelte. Die pro-britische Monarchie im Irak wurde 1958 durch eine Revolution gestürzt, in Damaskus kamen fortschrittliche Kräfte an die Macht, ein saudischer Prinz versuchte eine Palastrevolution und fand danach in Kairo Asyl, bewaffnete Kämpfe brachen in Oman und Jemen aus und es wurde viel über eine arabische Nation mit drei Hauptstädten gesprochen. Nebenbei kam es zu einem komischen Staatsstreich in Libyen, durch den ein junger, halb gebildeter Offizier – M. Ghadhafi – an die Macht kam. Seine saudischen Feinde haben stets behauptet, diesen Streich hätten britische Geheimdienste geplant. Genau so wie der, durch den Idi Amin⁵ in Uganda an die Macht gelangte. Ghadhafis Nationalismus, Modernismus und Radikalismus waren reine Show, wie seine gespenstischen Science-Fiction-Kurzgeschichten.

Was er ankündigte, kam nie bei der Bevölkerung an. Trotz des Ölreichtums verweigerte er den Libyer_innen Bildung, ein Gesundheitssystem oder günstige Wohnungen. Stattdessen verschwendete er Geld für absurde Projekte im Ausland – zum Beispiel die Entführung eines britischen Flugzeugs mit sozialistischen und kommunistischen sudanesischen Oppositionellen an Bord, die er dem Diktator Gaafar Nimeiry⁶ **zum Erhängen** aushändigte. Damit wurden die Chancen auf grundlegenden Wandel im Sudan zerstört, mit katastrophalen Folgen, die wir heute Tag für Tag sehen können. Im eigenen



Frauen protestieren gegen Ghadhafi.

tigt wurde, hat ein neues Kapitel in der Geschichte der arabischen Nation eröffnet. Die absurde, aber viel gerühmte neokonservative Vorstellung, Araber_innen und Muslime ständen der Demokratie feindlich gegenüber, hat sich in Luft aufgelöst.

Diejenigen, die solche Vorstellungen verbreitet haben, sehen nun am meisten unglücklich aus: Israel und seine Lobbyisten in Europa und Amerika; die Rüstungsindustrie, die hastig versucht, noch so viel wie möglich zu verkaufen (wobei der britische Premierminister als Todeshändler an der Waffenmesse in Abu Dhabi auftritt); und die mitgenommenen Herrscher Saudi-Arabiens, die sich fragen, ob diese Krankheit nun auch ihr tyrannisches Königreich heimsuchen wird. Sie haben schon manchem Diktator Asyl angeboten.¹ **Aber wo soll die eigene Königsfamilie** Zuflucht finden, wenn ihre Stunde geschlagen hat? Es ist ihnen wohl klar geworden, dass ihre [westlichen] Schutzherren sie

Ein Vergleich mit Europa

Wenn ein Vergleich mit Europa gemacht werden kann, dann ist es 1848.² Damals liessen die revolutionären Aufstände nur England und Spanien unbehelligt – auch wenn Königin Victoria im Gedanken an die Chartisten³ **das Schlimmste befürchtete**. In einem Schreiben an ihren bedrängten Neffen auf dem belgischen Thron drückte sie Sympathie aus und fragte sich, ob *«wir alle in unseren Betten ermordet werden»*. **Unwohl** fühlte sich der Kopf, der eine Krone oder Edelsteine trägt und sein Vermögen in ausländischen Banken hat.

Wie die Europäer_innen 1848 kämpften die Araber_innen gegen Fremdherrschaft (82 Prozent der Bevölkerung Ägyptens haben laut einer kürzlich veröffentlichten Umfrage «ein negatives Bild der USA»); gegen die Verletzung ihrer demokratischen Rechte; gegen eine Elite, die durch ihren illegitimen

«Israels Blitzkrieg versetzte dem arabischen Nationalismus den Todesstoss.»

Land unterhielt er eine rigide Clan-Struktur und dachte, er könne die Stämme nach Belieben gegeneinander ausspielen und kaufen, um an der Macht zu bleiben. Aber das Spiel ist aus.

Israels Blitzkrieg von 1967 versetzte dem arabischen Nationalismus den Todesstoss. Interne Konflikte in Syrien und Irak führten zum Sieg rechter Baathisten⁷, die von Washington unterstützt wurden. Nach Nassers Tod und dem Pyrrhussieg seines Nachfolgers Sadat gegen Israel von 1973 entschieden sich die ägyptischen Militärs dafür, den Schaden zu begrenzen, einen Pakt mit Tel Aviv zu unterschreiben und dafür jährliche Milliardenbeiträge aus den USA einzustreichen. Im Gegenzug wurde ihr Diktator [Mubarak] in Europa und Amerika als Staatsmann gewürdigt, genau wie Saddam Hussein lange Zeit. Hätten sie doch nur die irakische Bevölkerung ihren Diktator selbst stürzen lassen, statt einen zerstörerischen Krieg mit anschliessender Besetzung zu führen, der eine Million Tote und fünf Millionen Waisenkinder hinterlässt.

Angekratzte US-Hegemonie

Die arabischen Revolutionen [von heute] wurden durch die Wirtschaftskrise ausgelöst und haben Massenbewegungen erzeugt. Aber nicht alle Aspekte des Alltagslebens wurden in Frage gestellt. Soziale, politische und religiöse Rechte sind in Tunesien zum Gegenstand leidenschaftlicher Auseinandersetzungen geworden, anderswo noch nicht. Es sind keine neuen politischen Parteien entstanden. Die kommenden Wahlkämpfe werden in erster Linie zwischen arabischem Liberalismus und Konservatismus ausgetragen. Konservative Kräfte wie die Muslimbrüder orientieren sich an den Islamisten, die in der Türkei regieren, und wollen sich mit den USA arrangieren.

Die amerikanische Hegemonie in der Region ist angekratzt, aber nicht zerstört. Die Regimes nach den Diktatoren werden wahrscheinlich unabhängiger sein, mit einem frischen und subversiven demokratischen

System und hoffentlich mit neuen Verfassungen, die soziale und politische Bedürfnisse schützen. Doch die Militärs in Ägypten und Tunesien werden dafür sorgen, dass nichts Unbedachtes geschieht. Grosse Sorgen machen sich Europa und die USA über Bahrain. Wenn dessen Herrscher stürzt, wird es schwierig, einen demokratischen Aufstand in Saudi-Arabien zu verhindern. Kann Washington das zulassen? Oder wird es militärisch eingreifen, um die wahhabitischen⁸ Kleptokraten an der Macht zu halten?

Der Dichter und das Volk

Vor einiger Zeit hat der grosse irakische Dichter Mudhafar Al-Nawab aus Ärger über ein Treffen von Diktatoren, welches als arabisches Gipfeltreffen bezeichnet wurde, seine Zurückhaltung aufgegeben⁹:

... **Mubarik, Mubarik,**
Wohlstand und gute Gesundheit
Fax die News der UNO.
Camp nach Camp und David,
Vater all deiner Camps.
Verdamme deine Väter
Du verfaulter Haufen;
Der Gestank eurer Körper strömt aus den
Nasenlöchern ...
Oh du Mach-uns-glauben-Gipfel
Anführer
Mögen eure Gesichter schwarz werden;
Hässlich sind eure schlaffen Bäuche
Hässlich eure fetten Ärsche
Warum überrascht es
Dass eure Gesichter beiden gleichen?
Gipfel... Gipfel... Gipfel
Ziegen und Schafe kommen zusammen,
Fürze im Einklang
Lass das Gipfeltreffen sein
Lass das Gipfeltreffen nicht sein
Lass das Gipfeltreffen entscheiden;
Ich spucke auf jeden Einzelnen von euch
Könige... Scheichs... Lakaien...

Was auch sonst geschehen mag, die arabischen Gipfeltreffen werden nicht mehr sein wie bisher. Die Bevölkerung ist dem Dichter gefolgt. ♦

* Der Schriftsteller Tariq Ali ist pakistanischer Herkunft und lebt in London. Dieser Artikel erschien am 22.2.2011 in der Zeitung The Guardian. Weitere Infos und Texte auf <http://tariqali.org/>

1 Als (vorläufig) Letzter hat der aus Tunesien vertriebene Diktator Ben Ali in Saudi-Arabien Zuflucht gefunden.

2 Die Jahreszahl 1848 steht für eine Welle liberal und/oder sozialistisch inspirierter Bewegungen und Aufstände in verschiedenen Ländern Europas, an denen sich (klein-)bürgerliche Kräfte ebenso beteiligten wie Handwerker und Teile des Industrieproletariats. Marx und Engels verfassten das Manifest der Kommunistischen Partei im Hinblick auf diese kommende – und in den meisten Ländern dann scheiternde – Revolution.

3 Die chartistische Bewegung kämpfte in England (ca. 1838-1850) für soziale und politische Reformen. Sie ist nach dem Manifest The People's Charter (1838) benannt und kann als erste Massenbewegung der Arbeiterklasse auf der Welt betrachtet werden.

4 Gamal Abdel Nasser Hussein (1918-1970), ägyptischer Präsident von 1956 bis zu seinem Tod, Anführer der Revolution von 1952 und Fürsprecher einer geeinten arabischen Nation (Panarabismus).

5 Idi Amin Dada (1925-2003) kam 1971 durch einen Staatsstreich des Militärs an die Macht und war daraufhin bis 1979 Ugandas Präsident. Nach dem Krieg mit Tansania floh er nach Libyen, später nach Saudi-Arabien.

6 Gaafar Muhammad An-Nimeiry (1930-2009), sudanesischer Präsident von 1969 bis 1985, durch Staatsstreich an die Macht gekommen und gestürzt. Nach seinem Sturz lebte er in Mubaraks Ägypten (1985-1999).

7 Der Baathismus ist eine nicht religiöse panarabische Bewegung, die in verschiedenen Ländern der arabischen Welt verankert ist. Im Irak (bis zum Sturz Saddam Husseins) und in Syrien sind Parteien aus dieser Strömung zu eigentlichen Staatsparteien geworden.

8 Die Wahhabitiden sind Anhänger einer konservativen und dogmatischen Richtung des sunnitischen Islams, die in Saudi-Arabien Staatsreligion ist und zu der sich die Königsfamilie bekennt. Das Land weist eine schiitische Minderheit auf, die mit den Protesten der schiitischen Mehrheit im kleinen Bahrain sympathisieren dürfte.

9 Bei der ersten Zeile des Gedichts handelt es sich wohl um ein Wortspiel: Mubarik kann aus dem Arabischen mit «Wohltäter» übersetzt werden und erinnert zugleich an den Namen des ägyptischen Präsidenten Mubarak, der an solchen Gipfeltreffen eine Schlüsselrolle spielte. Die vierte Zeile bezieht sich auf Camp David, die Ferienresidenz der US-Präsidenten, wo 1979 der ägyptische Präsident Sadat und der israelische Premier Begin den ersten israelisch-arabischen Friedensvertrag aushandelten (Camp David I) und 2000 Gespräche zwischen Präsident Clinton, Palästinenserführer Arafat und Ministerpräsident Barak scheiterten (Camp David II).

AUFSTÄNDE IN DER ARABISCHEN WELT

Nach 18 Tagen Volksaufstand musste Hosni Mubarak abtreten. Die Mobilisierungen aber gehen weiter und stellen den kontrollierten Übergang unter Leitung der Militärs in Frage. Um den ägyptischen Prozess besser zu verstehen, müssen wir den Blick hinter die Fassade der so genannten Internet-Revolution auch auf die Rolle der Arbeiter_innen richten.

Nada Matta*

Die Rolle der ägyptischen Arbeiter_innen

Es ist zu früh, um den ägyptischen Aufstand zu erklären. Vieles muss besser verstanden werden, um dessen Eigenschaften und die treibenden Kräfte hinter der anhaltenden Massenmobilisierung zu erfassen. Dennoch lassen sich bereits einige Überlegungen mitteilen, gerade mit Blick auf die Forderungen

verstehen, was in den vergangenen Wochen des Aufbruchs in Ägypten geschehen ist.

Die Forderungen des Aufstands

Was den ägyptischen Aufstand der vergangenen 18 Tage [bis zum Sturz von Mubarak]

1) **Rücktritt der gesamten Regierungspartei**, auch von Vizepräsident Suleiman.

2) **Die Schaffung einer breit abgestützten Übergangsregierung**, die von einem 14köpfigen Komitee mit erfahrenen Richtern und Vertreter_innen der Jugend und Armee gebildet wird.

3) Die Auswahl eines Verfassung gebenden Rates mit 40 bekannten Intellektuellen und Verfassungsexpert_innen zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung, auf deren Grundlage Wahlen durchgeführt werden können.

4) Die Aufhebung der Notstandsgesetze.

5) **Die Auflösung des staatlichen Sicherheitsapparates.**

6) **Gerichtsprozesse gegen führende Vertreter des Regimes**, darunter Mubarak.²

Die Umsetzung dieser radikalen politischen Forderungen der Protestierenden würde das Leben aller Ägypter_innen bedeutend verbessern. Aber die wirtschaftlichen Anliegen der Arbeiter_innen sind damit noch nicht angesprochen. Deshalb ist es wichtig daran zu erinnern, dass diesem Aufstand ein Jahrzehnt der Mobilisierungen und Proteste von Arbeiter_innen verschiedener Sektoren und Industrien vorausgegangen ist. Tatsächlich besteht seit 2004 ein direkter Zusammenhang zwischen dem jetzigen Aufstand und der Arbeiter_innenbewegung: Es war die Bewegung des 6. April, die zum Tag des Zorns vom 25. Januar 2011 aufrief.



Auch Ali Saleh, seit 32 Jahren Jemens Herrscher, kommt unter Druck.

der Protestierenden. Obwohl die Revolte ebenso sehr durch steigende wirtschaftliche Not und Ungewissheit als durch politische Unterdrückung und autoritäre Massnahmen ausgelöst wurde, haben die jungen Organisator_innen der Proteste ihre ganze Aufmerksamkeit auf Fragen der politischen Demokratie gerichtet. Die Mobilisierungen für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit der **letzten Jahre (mit 3'000 Protestaktionen und Streiks von Arbeiter_innen seit 2004)**¹, die auch Voraussetzungen für den jetzigen Aufstand geschaffen haben, müssen in dieser Massenbewegung erst noch eine zentrale Stellung erlangen. Warum ist das so? Die Beantwortung dieser Frage ist wichtig um zu

besonders ausgezeichnete ist, dass er von jungen Menschen aus der Mittelklasse angeführt wurde, die Ägypter_innen aus verschiedenen sozialen Gruppen wachgerüttelt haben, wie etwa Arbeiter_innen, gebildete

«Zahlreiche Arbeiter_innen kämpfen nach dem Sturz von Mubarak weiter.»

Fachleute und Arme. Als die Proteste anhielten und Mubarak sich weigerte zurückzutreten, formulierte die «Gruppe des 6. April» (als Teil eines neu gebildeten «Bündnisses der Jugend für die Revolte des Zorns») eindeutige Forderungen:

Die Gruppe des 6. April

Die aus Aktivist_innen der Mittelklasse bestehende Jugendbewegung des 6. April ist ein Rätsel geblieben. Sie ist als Solidaritäts-

bewegung mit streikenden Textilarbeiter_innen in Mahalla (eine Industriestadt zweieinhalb Stunden nördlich von Kairo) entstanden. Seit 2006 gab es Streiks in Mahalla, und der Staat musste 2006 und 2007 den Streikenden in einigen Punkten nachge-

«Die Protestierenden richteten ihre Aufmerksamkeit auf die politische Demokratie.»



Omans Diktator Sultan Qabus antwortet mit Gewalt auf die Forderungen der Protestierenden.

ben. Dies hatte die Aufmerksamkeit liberaler Kräfte und jugendlicher Gruppen geweckt. Nach den Streiks von 2006 haben insgesamt **etwa 300'000 Arbeiter_innen verschiedener** Industrien protestiert, es waren die wichtigsten Arbeitskämpfe seit den 1940er Jahren.³ Mahalla und die Forderungen der Arbeiter_innen wurden zum Symbol der Revolte gegen das Regime, und die Forderungen wurden radikaler. Zuerst ging es um Lohnerhöhungen, dann um einen Mindestlohn für die ganze Bevölkerung (nicht nur für die Arbeiter_innen von Mahalla) und um die Gründung unabhängiger Gewerkschaften. Zum ersten Mal seit der Integration der Gewerkschaften in den Staatsapparat in den 1960er Jahren wurde diese Forderung erhoben.

Politisch aktive Arbeiter_innen riefen für den 6. April 2008 zu einem Streik in der Fabrik der staatlichen Misr Weaving and Spinning Company auf. Daraufhin rief eine Gruppe junger ägyptischer Aktivist_innen für diesen Tag zu einem Generalstreik und zivilem Ungehorsam auf, um die Arbeiter_innen von Mahalla zu unterstützen. Es ist unklar, ob die Idee des Aufrufs zum Generalstreik von den Arbeiter_innen oder von politischen Aktivist_innen in Kairo kam. Sicher ist auf

der Grundlage meiner Gespräche mit Streikführer_innen nur, dass die Arbeiter_innen in Mahalla zum Streik in der Fabrik aufriefen, sich einige Anführer_innen auf Grund von Einschüchterung und Unterdrückung aber davon distanzieren. Verschiedene Arbeiter_innen wurden von politischen Aktivist_innen aus Kairo kontaktiert, aber es existierte keine richtige Koordination zwischen den Streikenden von Mahalla und den Aktivist_innen.

Der Streik vom 6. April hat aber nie stattge-

funden. Die staatliche Repression führte dazu, dass sowohl der Aufruf junger Aktivist_innen zum Generalstreik wie der Streik in Mahalla scheiterten. Der Streik wurde abgebrochen. Aber die massive Präsenz der Sicherheitskräfte sowie deren aggressives Verhalten gegenüber den Einwohner_innen auf der Strasse lösten einen allgemeinen Aufstand in der Stadt aus. Eine Person wurde durch Sicherheitskräfte erschossen, viele andere verletzt. Nach diesen Ereignissen des **6. April wurden die meisten Anführer_innen** von Mahalla durch Versetzungen an andere Arbeitsplätze in der Fabrik oder in andere Städte bestraft. Ihre Löhne wurden stark gekürzt. Es gelang den Arbeiter_innen von Mahalla nicht, eine unabhängige Gewerkschaft zu bilden.⁴ Auch gegen die jungen Aktivist_innen aus der Mittelklasse setzte der Staat die üblichen Instrumente der Einsperrung und Einschüchterung ein. Die autoritäre Antwort des Staats auf den geplanten Streik vom 6. April versetzte die Arbeiter_innen von Mahalla und deren junge Unterstützer_innen in Angst. Aber diese Angst hielt nicht lange an.

Proteste der Arbeiter_innen

Am 25. Januar 2011 rief die «Gruppe des 6. April» zu einem Tag des Zorns auf. Dieses Mal antwortete die ägyptische Bevölkerung

Die Genossen Ben Ali und Mubarak

Drei Tage nach dem Sturz des Diktators Ben Ali hat die Sozialistische Internationale (SI) ihre Kontakte zur tunesischen Regierungspartei (RCD) abgebrochen. Ben Alis Partei mit dem schönen Namen *Konstitutioneller Demokratischer Zusammenschluss* war Mitglied der SI.

Fast mit derselben Eile hat Generalsekretär Luis Ayala der Nationaldemokratischen Partei von Mubarak mitgeteilt, sie «vertrete nicht mehr die Werte der Sozialdemokratie» (sic!) und die SI «erwarte eine Botschaft Mubaraks an die ägyptische Bevölkerung, in der ein Weg zu sozialer

und wirtschaftlicher Veränderung klar aufgezeigt werde, was bisher nicht geschehen sei» (*El Pais*, 1.2.2011).

Am Beispiel Tunesiens und Ägyptens wird erkennbar, dass die sozialdemokratischen Parteien einen kulturellen Differentialismus anwenden: Sie gehen davon aus, die Bevölkerung der arabischen Welt sei nicht reif für die Demokratie. Offensichtlich prägt diese Vorstellung auch die Migrationspolitik dieser Parteien, etwa wenn von Migrant_innen eine als Integration getarnte Assimilation an «unsere Kultur» verlangt wird, damit sie «bleiben dürfen» (Red.).

«Die Bilder aus Ägypten zeigen, wie Angst kollektiv überwunden werden kann.»

und beteiligte sich zu Hunderttausenden. Die Bilder, die in den vergangenen 18 Tagen aus Ägypten kamen, legen ein Zeugnis von der Fähigkeit der Menschen ab, Angst durch kollektive Aktion und Organisierung zu



Der Tahrir-Platz in Kairo am Tag von Mubaraks Rücktritts.

überwinden. Die Selbstorganisation der Bevölkerung blieb trotz Einschüchterung und tödlicher Repression standhaft. In den letzten drei Tagen des Aufstands erreichten die Proteste der Arbeiter_innen ein neues Niveau, als viele von ihnen die Produktion stoppten und an ihren Arbeitsplätzen zu streiken begannen. An vielen Orten mobilisierten sich Arbeiter_innen, um bessere Löhne und Jobsicherheit zu verlangen. An diesen Protesten beteiligten sich Regierungsangestellte, Beschäftigte aus privaten und staatlichen Industriebetrieben (Textilindustrie, Eisenbahn, Suez-Kanal, Getreidemühlen, Erdölindustrie) genau so wie Anwälte und Krankenschwestern. In Mahalla gingen Hunderttausende auf die Strasse und benannten den zentralen Platz (Al-Shon) in «Platz der Revolution» um. Diese Mobilisierungen gaben der Protestbewegung einen starken Schub, indem auf nationaler Ebene die Arbeit niedergelegt und ziviler Ungehorsam ausgeübt wurde. Es ist kein Zufall, dass zahl-

reiche Arbeiter_innen auch nach dem Sturz von Mubarak und der Übernahme durch die Armee sich weiterhin mobilisieren und die Streiks fortführen. Nun stellt sich die Frage, ob die Mobilisierungen der Arbeiter_innen während dem vergangenen Jahrzehnt und ihre Teilnahme an der Revolution zur Entstehung einer stärkeren und einheitlich organisierten Arbeiter_innenbewegung führen, die beim Aufbau des zukünftigen Ägyptens eine wichtige Rolle spielen kann. Bisher haben die Organisationen der Arbeiter_innen keine gemeinsame Plattform mit nationalen und sozialen Forderungen aufgestellt. Die radikalsten Forderungen im Zusammenhang mit den Anliegen der Arbeiter_innen wurden durch ein Bündnis linker Parteien und Komitees vorgetragen, das am **7. Februar 2011 in einer Erklärung dringende** Massnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation der Leute verlangte: Einführung eines Mindestlohns; Gewährung von Sozialleistungen und Lebensmittelvergünstigungen; eine Entwicklungsstrategie zur Verbesserung der Produktion in Landwirtschaft und Industrie; gerechtere Verteilung der Gewinne; Einführung eines progressiven Steuersystems.⁵

Demokratie allein reicht nicht

Diese Forderungen müssen durch das «Bündnis der Jugend für die Revolte des

Ghadhafis Bolivarische Freunde

Am 3. März 2011, über zwei Wochen nach Beginn des Aufstands in Libyen, hat Präsident Hugo Chavez vorgeschlagen, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln. Am 21. Februar hat Fidel Castro eine vorschnelle Kritik an Ghadhafi zurückgewiesen und vor einer NATO-Intervention in Libyen gewarnt. Nicaraguas Präsident Daniel Ortega sprach bereits zuvor dem libyschen Tyrannen seine Unterstützung aus. Warum wird Ghadhafis brutales Vorgehen gegen die Aufständischen von führenden Figuren der «Bolivarischen Revolution» nicht verurteilt? Ist es nur eine taktische Frage, um eine Süd-

-Süd-Lösung zu ermöglichen und eine imperialistische Intervention zu verhindern, wie Dario Azzellini suggeriert? (siehe Portal amerika.21.de, 4.3.2011) Chavez (2004), Castro (1998) und Ortega (2009) haben allesamt Ghadhafis «Preis für die Menschenrechte» (sic!) erhalten. Auf der Webseite der venezolanischen Regierung ist ein Loblied auf den libyschen Tyrannen zu lesen (datiert 29.9.2009), der als «Kämpfer für die Einheit der Völker», «Befreier Libyens» und «Begründer der Arabischen Sozialistischen Republik» verehrt wird. Ghadhafi reiste im Sep-

tember 2009 nach Venezuela und erhielt von Chavez den Grossen Befreiungsorden (*Orden del Libertador*) im Zeichen der «gemeinsamen Arbeit der sozialistischen Völker an der Schaffung einer neuen Welt». Denselben Orden hat Chavez auch schon dem iranischen Präsidenten Ahmedinejad verliehen. Wenn der «Kampf gegen den Imperialismus» den Einsatz militärischer Gewalt gegen die Bevölkerung erfordert und der Bruderkuss der «Revolutionsführer» die Klassenkämpfe verdrängt, kommt der «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» gewiss nicht voran (Red.).

«Es geht um eine Abwendung von der neoliberalen Politik.»



Saudi-Arabien schickt Sicherheitskräfte zur Niederschlagung der Proteste in Bahrain.

Zorns» erst noch aufgegriffen werden. Die Arbeiter_innen haben in den vergangenen Jahren gestreikt, weil wirtschaftliche Not und Armut zugenommen haben. Für sie ist das Ende des Regimes von Mubarak mit Demokratie allein nicht erreicht. Es geht auch um eine Abwendung von der neoliberalen Politik, die Verarmung brachte und das Alltagsleben zunehmend unsicher werden liess. Damit es zu solchen Veränderungen

kommt, müssen Arbeiter_innen in den zukünftigen Mobilisierungen eine zentrale Rolle einnehmen.⁶ Das wäre wohl auch die beste Art sicherzustellen, dass der Sturz von Mubarak, wie bedeutend und entscheidend er auch war, nicht durch Mubarakismus abgelöst wird: durch eine Militärregierung oder Diktatur, die dieselbe neoliberale Politik fortsetzt, gegen die sich die Ägypter_innen mobilisiert haben. ♦

* Nada Matta ist Doktorandin an der New York University. Dieser Artikel wurde am 17. 2. 2011 auf www.zcommunications.org veröffentlicht.

1 Siehe die Berichte von Ali Khalid, *Workers and Social Resistance*, die 2006 und 2007 (auf Arabisch) durch eine Organisation von Rechtsanwälten (Markiz Hisham Mubarak) veröffentlicht wurden.

2 Artikel von Jack Shenker in *The Guardian*, 5.2.2011: «Cairo's biggest protests yet demand Mubarak's immediate departure».

3 Zu den Streiks in Mahalla: Joel Benin & Hossam El-Hamalawy (2007): *Egyptian Textile Workers confront the New Economic Order* (Middle East Report 25.3.2007); Gada Rajaey (2008): *A Report on the conditions of the textile, cotton and ready clothes workers* (arabisch) (Center of Land and Human Rights); Mostafa Basuni & Omar Said (2007): *Signs of Strikes in the Sky of Egypt* (arabisch) (Socialist Study Center).

4 Als erste Gruppe von ägyptischen Lohnabhängigen haben es 2009 Steuerbeamte geschafft, eine unabhängige Gewerkschaft zu bilden (siehe Hossam El-Hamalawy (2008): *Egypt's Tax Collectors and the Fight for Independent Trade Unions* (The Socialist Review, December 2008)). Kürzlich ist dies auch dem technisch-medizinischen Personal gelungen.

5 Diese Erklärung steht auf Französisch unter: http://www.labreche.ch/Suisse/EgypteTract02_11.html#decl

6 Inzwischen wurden die Bildung eines Zusammenschlusses unabhängiger Gewerkschaften sowie die Gründung einer Demokratischen Arbeiterpartei angekündigt. Für Informationen zum weiteren Verlauf der Mobilisierungen und Organisationsformen von Arbeiter_innen siehe: <http://www.egyptworkersolidarity.org/> (Red.)

Europäische Flüchtlingsabwehr

Die westeuropäischen Regierungen verlieren in der arabischen Welt langjährige Verbündete wie die Diktatoren Ben Ali oder Mubarak und befürchten einen schwer zu kontrollierenden Flüchtlingsstrom. Kein anderer Diktator ist diesbezüglich so wichtig wie M. Ghadhafi. Nachdem er 30 Jahre als Terrorist gebrandmarkt wurde, wurde der libysche Tyrann zu Beginn des neuen Jahrtausends wieder salonfähig. 2006 unterzeichnete er ein Migrationsabkommen mit der EU und hält seither unzählige Flüchtlinge aus verschiedenen afrikanischen Ländern in Lagern zurück, in denen Folter zum

Alltag zählt. Seit 2008 verhandelte die EU über ein Rahmenabkommen mit Libyen. Zu Besuch in Tripolis am 4. bis 6. Oktober 2010 liessen die Mitglieder der EU-Kommission Füle und Malmström verlauten, die Beziehungen hätten sich positiv entwickelt und es existierten starke gemeinsame Interessen. Wenige Tage nach Beginn des Aufstands in Libyen startete Frontex, die EU-Agentur zur Kontrolle der Aussengrenzen, ihren Einsatz in Süditalien, an dem auch die Schweiz beteiligt ist. Am 24. Februar traf sich im Bundesamt für Migration der «Fachausschuss Asylverfahren

und Unterbringung», um die Abwehr nordafrikanischer Flüchtlingsströme zu planen. Im Interview der *Frankfurter Rundschau* (16.2.2011) wurde EU-Kommissarin Malmström gefragt, ob sie überrascht sei, dass nach Ben Alis Sturz so viele Menschen aus Tunesien weg wollen. Die Antwort spricht für sich: «Ja, das ist paradox. Man sollte denken, diese Menschen müssten jetzt bleiben und etwas Neues, Besseres aufbauen. Aber vielleicht kann es ihnen nicht schnell genug gehen – wollen sie umgehend ein besseres Leben.» (Red.)

Paulette Brupbacher-Rajgrodski hielt in den 1930er Jahren in mehreren Städten der Schweiz Vorträge zur Aufklärung der Arbeiterschaft. Die Forderungen der Sexualreformerin waren für ihre Zeit revolutionär, was in den Kantonen Solothurn und Glarus mit einem Redeverbot bestraft wurde.

Annette Erzinger*

Eine revolutionäre Sexualreformerin



Paulette Brupbacher-Raygrodsky ca. 1920 (Schweizerisches Sozialarchiv).

«Sehr geehrte Frau Dokt. möchte mir erlauben zu fragen wo das von Ihnen beste Mittel zur Verhütung zu erhalten sind?»¹ Diese und sehr viele weitere Fragen wurde Paulette Brupbacher an ihren Vorträgen gefragt. Doch wer war die Frau Doktor, die diese Fragen beantwortete? Pelta Rajgrodski wurde am 16. Januar 1880 in Pinsk, in der Gegend von Minsk, im damaligen russischen Zarenreich als Tochter eines jüdischen Privatgelehrten geboren.² Wann Pelta begann, sich Paulette zu nennen, ist nicht bekannt. Bekannt ist aber, dass Pelta Rajgrodski bei ihrer Ankunft 1902 in Bern Pelta Goutzait hiess. Sie war zu dieser Zeit bis ungefähr 1923 mit Abraham Goutzait verheiratet, welcher ebenfalls aus dem russisch-jüdischen Milieu stammte. Das Ehepaar hatte eine Tochter und einen Sohn. Von 1902 bis 1907 studierte Pelta Goutzait an der Universität Bern. Wie viele andere Russinnen war sie in die Schweiz gekommen, weil hier Frauen zum Studium zugelas-

sen waren. Sie schloss ihr Studium mit einer Dissertation an der Philosophischen Fakultät zum Thema der Bodenreform im Zarenreich ab. Bis 1914 studierte sie dann in Berlin Medizin, um mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wieder in die Schweiz, diesmal nach Genf, zurückzukehren. Während des Studiums arbeitete sie dort in einer Klinik für Drogenabhängige. Paulette Goutzait schloss das Medizinstudium in Genf ab und besass damit zwei Dokortitel. Nach der Scheidung von Abraham Goutzait heiratete Paulette 1923 Fritz Brupbacher, mit welchem sie fortan in Zürich lebte und arbeitete. Zusammen führten sie eine gemeinsame Arztpraxis an der Kasernenstrasse 17 in Zürich-Aussersihl, dem traditionellen Einwanderer- und Arbeiterinnenviertel von Zürich. Dort fanden nicht nur finanziell schwache und notleidende Patient_innen Unterstützung, sondern auch politische Flüchtlinge und Oppositionelle. Ihre Erfah-

rungen und Erlebnisse mit den Patientinnen der Arztpraxis veröffentlichte Paulette Brupbacher 1953 im Buch «Meine Patientinnen».

Paulette Brupbacher war auch in verschiedensten Gruppierungen tätig. Sie war Mitglied der Weltliga für Sexualreform und der kommunistischen Partei der Schweiz. Sie war im Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe und Mitarbeiterin der Berliner Zeitschrift «Der Weg der Frau» und Gründerin des Zürcher «Eisenbahner-Samariter-vereins». Die Ideen und öffentlich geäusserten Ansichten des Ehepaars Brupbacher stiessen selbst in den Organisationen und Parteien, in welchen sie sich engagierten, nicht immer auf Zustimmung. So wurde Fritz Brupbacher 1933 aufgrund seiner Kritik an der zunehmenden Stalinisierung aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen.³

Sexualaufklärung für die Arbeitenden

Bei seiner Arbeit in der gemeinsamen Arztpraxis sah das Ehepaar Brupbacher die Not und den schlechten gesundheitlichen Zustand der Arbeiterinnen. Viele von ihnen wollten aus finanziellen Gründen verhindern, zusätzliche Kinder zu kriegen.⁴ Die Aufklärung darüber, wie eine Schwangerschaft verhindert werden konnte, war oft nicht vorhanden, Verhütungsmittel waren zu dieser Zeit nur schwer erhältlich und oft auch teuer.⁵ So versuchten die Frauen, Schwangerschaften mit sogenannten Hausmittelchen zu verhüten, mit der Folge, dass als letztes Mittel zur Geburtenregelung oft nur der illegale Schwangerschaftsabbruch blieb.

Die Not liess Frauen oft zu gefährlichen, aber unnützen Mitteln greifen, um eine ungewollte Schwangerschaft abzubreaken. Da die Abtreibung verboten war und die betroffenen Frauen, wie auch die ausführenden Ärzte, dafür bestraft wurden, war es verbreitet, den Schwangerschaftsabbruch von einem «Pfuscher» vornehmen zu lassen. Oft endete dies für die Frauen mit schweren

«Was denken Sie über die freie Liebe?»

gesundheitlichen Problemen oder gar mit dem Tod.

Bereits in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts begann Fritz Brupbacher mit Veranstaltungen und Broschüren, insbesondere die Arbeiter_innen über das Thema Verhütung und die Tauglichkeit der Verhütungsmittel zu informieren. Sein eigenes und später auch das Ziel von Paulette Brupbacher war es vor allem, die Lebensbedingungen der Arbeiter_innenfamilien zu verbessern.

In den 1920er und 30er Jahren leisteten Paulette und Fritz Brupbacher Pionierarbeit in der Sexuaufklärung der Arbeiterschaft. Neben den öffentlichen Auftritten und schriftlichen Veröffentlichungen nutzte das Ehepaar auch die eigene Praxis um die Arbeiterinnen zu informieren. Die Vorträge von Paulette Brupbacher behandelten Themen wie: die Befreiung der Frau, die Stellung der Frau in der Gesellschaft oder das Sexualstrafrecht. Aber die Frauenrechtlerin äusserte sich auch gegen die «unmenschlichen Arbeitsbedingungen im Kapitalis-

mus».

Inhaltlich waren die Forderungen der Sexualreformerin für die 20er und 30er Jahre revolutionär: Sie sprach sich unter anderem für das freie Ausleben des Sexualtriebs, für mehr Hygiene beim Geschlechtsverkehr, für den Gebrauch von Verhütungsmitteln und für die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs aus.

Redeverbot gegen Aufklärung

Die Forderungen von Paulette Brupbacher gingen den konservativen Schweizer_innen zu weit. Nach einem Vortrag, in welchem sie unter anderem die Finanzierung von Verhütungsmitteln durch die Krankenkassen forderte, erliess der Kanton Solothurn ein Redeverbot gegen sie. Dieser Entscheid wurde später sogar durch das Bundesgericht bestätigt. Dieser Gerichtsentscheid veranlasste auch den Kanton Glarus, Paulette Brupbacher das öffentliche Referieren über sexuelle Themen zu verbieten.

Dieses Redeverbot stand im krassen Widerspruch zu den Bedürfnissen der Arbeiterschaft nach Aufklärung. Ein eindrücklicher Nachweis dieser Bedürfnisse findet sich im Nachlass von Fritz Brupbacher, welcher sich im Schweizerischen Sozialarchiv befindet. Dort sind auf kleinen Zetteln anonyme Fragen aus dem Publikum der Vorträge von Paulette Brupbacher notiert. Diese Fragen geben Einblick in die Lebensverhältnisse der Arbeitenden, für welche ein weiteres Kind eine enorme zusätzliche finanzielle Belastung darstellte. Der grösste Teil der Fragen betrifft dann auch die Schwangerschaftsverhütung. Die Fragen zeigen aber auch eine erstaunliche Offenheit und Neugierde, mehr zu erfahren über die Sexualität. Das Redeverbot gegen Paulette Brupbacher und die vielen Stimmen, welche die öffentliche Aufklärungsarbeit als «Schädigung der öffentlichen Moral» oder einfach als kommunistische Propaganda verurteilten, richteten sich gegen den Versuch der Arbeitenden, ihre Sexualität mehr selbst zu bestimmen und ihre Lebensverhältnisse zu verbessern.

Anonyme Zettel mit Fragen der Arbeiter_innen an Paulette Brupbacher

«Was ist zu tun gegen die Gefühlskälte infolge Angst vor neuer Mutterschaft?»

«Wir bitten als junge Proleten noch um die Angabe von einigen Verhütungsmitteln.»

«Ist eine Befruchtung möglich, wenn der Orgasmus nur männlicherseits stattfindet?»

«Warum ist es nicht gestattet über unseren Leib selbst zu verfügen?»

«Warum beschneiden die Juden ihre Söhne? Doch dass sie gegen Sexualität abgestumpft werden, und sich so geistig besser entwickeln. Warum sich also durch Onanie geistig höher entwickeln?»

«Sind Sie nicht der Ansicht, dass die Lösung der sexuellen Frage nur dadurch gefunden wird, dass man statt nur aufklärt systematisch zur Sexualität erzieht. Aufklärung gehört ja sicher dazu, aber mit dem verstandesmässigen Klarwerden allein ist es doch nicht getan?»

*Annette Erzinger studiert an der Universität Basel Soziologie und Geschichte.

1 Diese und alle folgenden zitierten Fragen stammen aus dem Bestand des Schweizerischen Sozialarchivs: Ar. 101.70.3 Nachlass Fritz Brupbacher. Abort und Sexualität: Fragen aus dem Publikum.

2 Alle biographischen Daten aus: Huser, Karin: Paulette Brupbacher-Rajgrodski. Sexualreformerin. In: Maeder, Eva, Peter Niederhäuser (Hrsg.): Käser, Künstler, Kommunisten. Vierzig russisch-schweizerische Lebensgeschichten aus vier Jahrhunderten. Zürich 2009. S. 191-194.

3 Bürgi, Markus: Brupbacher, Fritz. In: Historisches Lexikon der Schweiz. hrsg. von der Stiftung Historisches Lexikon der Schweiz (HLS); Chefred.: Marco Jorio. Basel 2002.

4 Brupbacher, Fritz: Kindersegen – und kein Ende. Zürich 1903. S. 4.

5 Joris, Elisabeth, Heidi Witzig (Hrsg.): Frauengeschichte(n). Dokumente aus zwei Jahrhunderten zur Situation der Frauen in der Schweiz. 4., erg. Aufl.

Was soll aus der Gewerkschaft werden? Eine echte Bewegung der Arbeiter_innen? Oder soll die Entwicklung zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen weitergehen?

Hanspeter Gysin*

Die Unia am Scheideweg

«Das Mass ist voll!»

Am Dienstag, 16. Februar 2011, hat das Gewerkschaftspersonal von zwei Sektionen der Unia Bern die Arbeit niedergelegt. Auslöser war einerseits die fristlose Absetzung eines Sektionsleiters durch das Management der Unia, andererseits eine weiter zurückliegende Verwarnung des Vertreters der Unia-Personalkommission. Deren Rücknahme verweigerte die Geschäftsleitung, obwohl die Verwarnung entgegen aller Regeln ausgesprochen wurde.

Es gibt keine Streiks aus nichtigen Gründen

Die Gewerkschaftssekretär_innen an der Front wissen sehr genau, was bei einem solchen Entscheid auf dem Spiel steht. Einerseits kann der Konflikt von den bürgerlichen Medien dazu missbraucht werden, das Ansehen des Gewerkschaftsgedankens zu diskreditieren. Dies war bisher Hauptgrund dafür, die Öffentlichkeit aus internen Konflikten herauszuhalten. Andererseits drohen – wie bei jedem Ungehorsam gegenüber einer autoritären Direktion – Repressalien. Engagierte gewerkschaftliche Mitarbeiter_innen sind ausserdem auf dem Arbeitsmarkt der Privatwirtschaft nicht gerade die begehrtesten Leute. Solche Aussichten haben folglich einen disziplinierenden Effekt, und das ist den Vorgesetzten wohl bekannt.

Gewerkschaftliches Selbstverständnis gegen Modernisierungstrend

Seit der Fusion der Gewerkschaften SMUV, GBI und VHTL zur Unia im Jahr 2004 läuft bei der grössten Gewerkschaft der Schweiz ein Modernisierungsprozess im Grunde neoliberalen Zuschnitts: Callcenter für Auskünfte anstelle direkter Kontakte mit den Mitgliedern, Spezialisierung und Fragmentierung der Dienstleistungen, Organizing-Konzept, welches die aktiven Basismitglieder zunehmend zu Instrumenten der Leitung

macht anstatt ihnen Autonomie und reale Mitentscheidung zu bieten. Es wird nicht versucht die Mitgliederbasis und das Personal von der Einführung neuer Organi-

im Sinne von Treu und Glauben gehandelt werden soll. Das Problem ist nur, dass die Einhaltung der festgehaltenen Bestimmungen durch die Mitarbeitenden eingefordert



sationskonzepte, die bisweilen auch interessante Aspekte in sich tragen, zu überzeugen, sie werden verordnet.

Wer einem Beschluss des Managements im Wege steht, wird eliminiert

Zwar gibt es bei der Unia eine interne, mit der nationalen Personalkommission als Interessenvertretung des Gewerkschaftspersonals ausgehandelte «Vereinbarung über die Anstellungsbedingungen» mit verbrieften Mitwirkungsrechten, die denselben Status wie ein Gesamtarbeitsvertrag in der Privatwirtschaft hat. Darin wird beispielsweise postuliert, dass sich beide Seiten verpflichten, gleichermassen um die Einhaltung der festgelegten Regeln besorgt zu sein, oder dass

und bei Verstoss sanktioniert wird, während umgekehrt von oben noch und noch gegen die Rechtsansprüche der Untergebenen verstossen wird. Ist ein_e Mitarbeiter_in in Ungnade gefallen, fühlt sich die Obrigkeit nicht mehr an Vertragliches gebunden.

Demokratie – von Fall zu Fall

Gegenüber der Mitgliederbasis kommt dieselbe Mentalität zum Ausdruck. Selektive Information, das künstliche Aufblähen von Schreckensszenarien, wenn dem Vorschlag von oben nicht gefolgt werden sollte, Überzeugungsarbeit im Chefgespräch unter vier Augen oder durch einzelne Telefonanrufe, Einladungen, die «vergessen» werden, Mobilisierung bestimmter Wählergruppen durch

«Der Kern des Problems liegt im Widerspruch zwischen dem realen Innenleben der Gewerkschaft und ihrer Proklamation nach aussen.»

das Versprechen von Geschenken oder besonderen Attraktionen – all das sorgt für den optimalen Mix an Stimmen, die bei Wahlen für gewerkschaftliche Gremien den Wunschkandidat_innen der obersten Chefs zum Durchbruch verhelfen. Abgesehen davon, dass meist nur dann alternative Kandidat_innen zur Verfügung stehen, wenn sich jemand zur Wahl stellt, der den Oberen suspekt ist. Hält das Management etwas für besonders wichtig und dringend, spielen statutarische Bestimmungen keine Rolle mehr. Wie ein solcher Mechanismus funktioniert, zeigt sich am Beispiel der gross angekündigten Vertrauensleutekampagne mit dem Namen «Unia-Fortex». Die von einem Teil der Mitgliederbasis eingebrachten Vorschläge zur Änderung von Statuten und Grundsatzpapieren, mit dem Ziel, den Einfluss der aktiven Mitgliedschaft zuungunsten des Managements zu stärken, wurden am Unia-Kongress vom Dezember 2010 an eine beratende Kommission überwiesen. Seither hat man nichts mehr davon gehört.

Den Repressalien Grenzen setzen

Es wird zunächst in erster Linie darum gehen, die mutigen Mitarbeiter_innen, die sich in dieser Auseinandersetzung exponiert haben, vor den Rachegeleuten der Vorgesetzten zu beschützen. Das ist ein defensiver Kampf, der Jahre dauern wird und solide und andauernde Solidarität bedingt. Die Methoden subtiler Repression kennen wir. Immer von plausibel anmutender Argumentation oder von falschen Versprechungen begleitet, können Funktionsänderungen, Versetzungen etc. angeordnet werden, Aufgaben können entzogen oder in einem nicht mehr zu bewältigenden Masse aufgedrängt werden. Persönlichkeitsbezogen inkompatible Personen können durch Personalentscheide in Abhängigkeit zueinander gebracht werden, auf der Basis von gezielten Fehlinformationen können schwerwiegende Verhaltensfehler provoziert werden, die zu Sanktionen führen. Den Möglichkeiten sind in einer

Hierarchie kaum Grenzen gesetzt. Wir kennen das aus der Privatwirtschaft.

Zum Kern des Problems vorstossen

Im Grunde sind es nicht einmal schwerwiegende politische Differenzen betreffend gewerkschaftliche Politik, die den Unmut schüren. Der überwiegende Teil des Gewerkschaftspersonals steht der sozialdemokratischen Politik von Reformen und partieller Kollaboration mit dem Bürgertum nahe. Da gibt es keinen grundlegenden Unterschied zur Leitung. Der Kern des Problems liegt vielmehr im Widerspruch zwischen dem realen Innenleben der Gewerkschaft und ihrer Proklamation nach aussen. Die Situation für Mitarbeitende der Gewerkschaft, die beispielsweise Mitglieder gegen Repressalien ihrer Chefs verteidigen wollen, wird unerträglich, wenn sie mit eigener Repression des Managements gegen Arbeitskolleg_innen konfrontiert werden. Gewerkschaftsmitarbeiter_innen an der Front, deren Aufgabe es ist, Lohnabhängige von den Prinzipien der Gewerkschaft und



den Vorteilen bezüglich Rechtssicherheit die der Gewerkschaftsbeitritt mit sich bringt, zu überzeugen, können dies nicht mehr mit dem notwendigen Enthusiasmus tun, wenn im Innern der Gewerkschaft das pure Gegenteil von Prinzipientreue und Rechtssicherheit herrscht. Wie will sich ein_e Gewerkschaftssekretär_in glaubhaft für den Schutz von Personalvertreter_innen in der Privatwirtschaft einsetzen, wenn Vertreter der eigenen Personalkommission unlauteren Disziplinierungen durch die Gewerkschaftsleitung ausgesetzt sind? Gefangen in diesen Widersprüchen, muss die Motivation der Mitarbeitenden unweigerlich Schaden erleiden.

Forum Gewerkschaftsforschung

Zur selben Zeit, als bei der Unia Bern gestreikt wurde, fand an der Universität Fribourg das Forum Gewerkschaftsforschung statt. Der durchschnittlich begabte Gewerkschafter hat die dort gezeigten Power-Point-Präsentationen durchstöbert und ist zu folgender Schlussfolgerung gelangt: Wir erleben eine Entwicklung «Von der fordistischen Vorzeigebbranche zum Labor der flexiblen Akkumulation», was zur «formelle(n) Subsumption der Arbeit unter das Kapital» führt und der «Taylorisierung der Arbeit» Vorschub leistet (Schäppi). Dann haben wir es mit der «Vielfalt und Interde-

pendenz in den Umwelthanforderungen» zu tun, was man mit «durch Leadership strukturierte(n), lose verkoppelte(n) Systeme(n)» unter Anwendung von «Multiple Selves» angehen sollte, um zu einer «Interdependenz von Organisationsstruktur und Kultur» zu gelangen (Nachtwey). Auch sollte man den «milieuspezifischen Erwerbshabitus» im Auge behalten, um der «transitorische(n) Prekarität» (Pelizzari) entgegen zu wirken. Ausserdem ist es wichtig, gewerkschaftliche «Forschungsdesiderate» in die «Assoziierungsstrategie des SGB» einfließen zu lassen (Rieger). Begriffen? Sicher?

«Die geschilderten Fehlleistungen haben ihren Ursprung bei der Direktion. Eine Treppe muss von oben nach unten gewischt werden.»

den, das interne Vertrauensverhältnis wird zerstört. Dazu kommt, dass die Verhandlungsposition gegenüber Unternehmern geschwächt wird, wenn diese in der Auseinandersetzung darauf hinweisen können, dass Unia-intern auch keine Regeln eingehalten werden.

Die Hindernisse der Demokratisierung

Eine Gewerkschaft, die all ihre grossen Kampagnen mit polterndem Verbalradikalismus einführt, sich in Schaumschlägerei gefällt und schliesslich sogar Niederlagen in propagandistischer Manier als Erfolge zu verkaufen versucht, untergräbt ihre Glaubwürdigkeit. Es zeugt von einer zynischen Haltung aktuellen und potentiellen Mitgliedern gegenüber, davon auszugehen, dass die Mitgliederzahl nur mittels aufgemotzter PR-Kampagnen gehalten oder vermehrt werden können. Eine Gewerkschaft, die, sobald sich in irgendeinem Betrieb Widerstand manifestiert, sofort wie die Feuerwehr ankommt und das Kommando übernimmt, demobilisiert und entmutigt Lohnabhängige, ihr Schicksal selber in die Hand zu nehmen. Eine Gewerkschaftsleitung, die ihrem eigenen Personal gegenüber diktatorisch auftritt und arbeitsvertragliche Vereinbarungen nicht einzuhalten bereit ist, richtet die Glaubwürdigkeit der ganzen Bewegung zu Grunde. Gewerkschaftlicher Paternalismus entpolitisiert und entmündigt aktive Menschen, die versu-

chen, ihre Rechte am Arbeitsplatz durchzusetzen. Werden die formell bestimmenden Basisorgane der Gewerkschaft nicht auf ehrliche und transparente Art und Weise in die Entscheidungsfindung miteinbezogen, so werden Leute, die mitbestimmen wollen, entmutigt. Zur Konsultation bleiben dann nur noch die Kopfnicker übrig, die auch als Personalvertreter ihres Betriebes nicht die wertvollsten sind. Wird weiterhin eine gewerkschaftliche Bildungspolitik betrieben, die das Bildungsangebot praktisch ausschliesslich auf technische Lernziele konzentriert und die politische Bildung der Mitglieder vernachlässigt, so wird nicht die Emanzipation der Mitglieder erreicht und ihr Kampfbereitschaft erhöht, sondern die politische Hegemonie der Leitung konserviert.

«Zu meinen, die Unia könne mit der aktuellen Direktion zu einer Interessenvertretung der Arbeiter_innen gemacht werden, die transparent funktioniert, ist eine Illusion.»

Zu meinen, die Gewerkschaft Unia könne mit der aktuellen Direktion zu einer demokratisch funktionierenden Organisation oder gar zu einer Interessenvertretung der Arbeiter_innenschaft gemacht werden, die transparent funktioniert und darauf verzichtet, hinter den Kulissen mit den Unternehmern zu kungeln, ist allerdings eine Illusion.

Eine demokratische und partizipatorische Gewerkschaftsbewegung?

Die modernen Methoden des gewerkschaftlichen Aufbaus, die Organizing, Campaigning etc. genannt werden, bestehen darin, die Personen, welche man überzeugen will, in einem ersten Schritt über ihre Sorgen, Bedürfnisse und Bereitschaft zur Aktion zu befragen. Sie können auf unterschiedliche Weise genutzt werden. Entweder man stellt mögliche Widerstände gegen das von vornherein verfolgte Vorhaben fest und ergreift Massnahmen, die Vorbehalte oder deren Träger zu eliminieren, oder aber man tritt in

einen ehrlichen Dialog mit den betreffenden Personen und versucht, einen Konsens zu finden. Eine andere, partizipative Gewerkschaftspolitik würde voraussetzen, dass alle Aktivitäten einer Bilanz unterzogen werden, bei der breite Kreise einbezogen werden und eine selbstkritische Reflektion über das Geschehene gefördert wird. Eine andere demokratische Gewerkschaft würde ihre von den Mitgliedern bezahlte Infrastruktur und das gesammelte Wissen in den Dienst der Lohnabhängigen, die sich zur Wehr setzen, stellen und diese darüber entscheiden lassen, wie sie ihre Interessen verteidigen wollen.

Der Streik der Berner Kolleg_innen, so ist zu hoffen, könnte Auslöser dafür sein, im Personal und bei der Mitgliederbasis eine breite Diskussion über demokratische Prinzipien zu führen. Um dafür Anstoss zu geben und

Perspektiven zu entwickeln wurde das nationale Komitee «Unia von Unten» gegründet. Dem Projekt ist Glück und Durchhaltevermögen zu wünschen.

Natürlich sind nicht alle im Management im gleichen Masse an der geschilderten Willkür beteiligt. Da es in diesem Kreis jedoch keine Kraft gibt, diktatorischem Gehabe etwas entgegenzusetzen, gilt auch die kollektive Verantwortung der Machthabenden und einiger ihrer regionalen Kader, die diesen ihre Karriere zu verdanken haben. All die geschilderten Fehlleistungen haben ihren Ursprung bei Entscheidungen der Direktion, selbst dann, wenn diese im Feld von Subalternen ausgeführt werden: Der Fisch stinkt bekanntlich vom Kopf her – oder, wenn wir schon bei Sprichwörtern sind: Eine Treppe muss von oben nach unten gewischt werden. ♦

* Hanspeter Gysin war, bis zu seiner Pensionierung 2007, 10 Jahre lang Präsident der Unia-Personalkommission.

Lesetipp

Wer mehr über neue gewerkschaftliche Organisationsmethoden, aber auch über das Funktionieren der Gewerkschaften erfahren will, kommt um das neue Buch von Peter Birke nicht herum:

Die große Wut und die kleinen Schritte. Gewerkschaftliches Organizing zwischen Protest und Projekt. Erschienen April 2010, 192 Seiten, Sfr. 22.50 / 12.80 €. ISBN 978-3-935936-86-6

Mehr zu Peter Birke auf www.assoziationsa.de/neu/Die_grosse_Wut.htm

Wir möchten in dieser Debatte-Nummer eine Diskussion eröffnen zum Begriff der Avantgarde, dessen kritische Untersuchung auch für künftige Kämpfe und Organisationsformen von Bedeutung ist. Wir beginnen mit dem ersten von zwei Teilen einer Standortbestimmung durch Alain Bihr (Red.).

Alain Bihr

Zum Begriff der Avantgarde

Heute scheint der Begriff der Avantgarde im besten Fall ins Museum der Arbeiter_innenbewegung zu gehören, im schlimmsten Fall in den Abfalleimer der Geschichte. Es gibt es praktisch keine Orga-

das den Kern des Kampfs der Unterdrückten darstellt. Die Anderen, aus der leninistischen Tradition stammend, wagen es nicht mehr, auf die Vorstellung der Avantgarde zu verweisen – dies gilt für die grosse Mehrheit

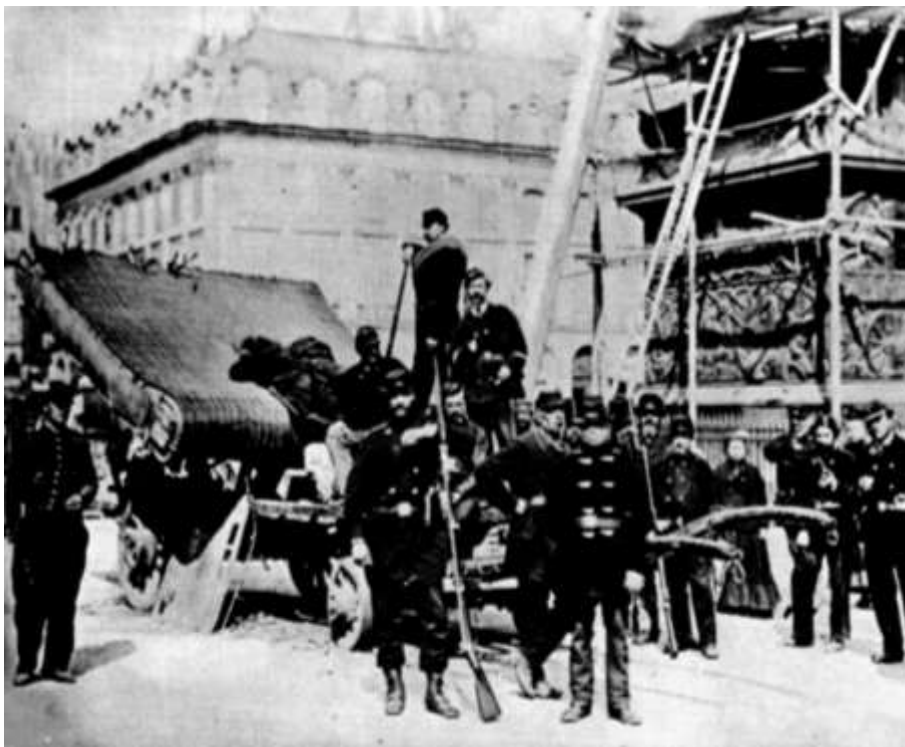
«*die Emanzipation der Arbeiter das Werk der Arbeiter selbst sein muss*» (Prä-ambel der Statuten der internationalen Arbeiter-Assoziation, d.h. der I. Internationale) und den Satz unterschreibt: «*Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun*», wie es Eugène Pottier richtig in einer Strophe der Internationale sagte. Mein Vorhaben mag wie eine Inkonsequenz oder eine Provokation erscheinen.

Der Gedankengang ist in Thesen formuliert. Ich erhebe nicht den Anspruch, die Frage erschöpfend zu behandeln. Manche Probleme, die der Begriff der Avantgarde heute stellt, werden offen oder beiseite gelassen. Der Text ist als Diskussionsbeitrag gedacht.

These 1. Avantgarde und Generalstab sind nicht dasselbe

Ich bin der Überzeugung, dass die ganze Diskussion rund um den Begriff der Avantgarde durch die Verwirrung zwischen Avantgarde und Generalstab verzerrt wird. Wir müssen mit der Unterscheidung dieser zwei Begriffe beginnen. Da sie aus einer militärischen Metapher stammen, beziehen wir uns auf das Handwerk des Krieges und auf die Organisation von Armeen. In diesem Feld sind die beiden Begriffe eindeutig zu unterscheiden. In der militärischen Organisationsform – das prototypische Modell der hierarchischen und autoritären Organisation – ist der Generalstab das Organ, das die Bewegungen aller Truppenteile führt, organisiert und kontrolliert, dies nach einer nur ihm bekannten Strategie und nach einer Taktik, die sich je nach Umstände ändert. Der Generalstab verlangt und erhält normalerweise bedingungslose Unterordnung der unteren Hierarchiestufen und selbstverständlich der einfachen Soldaten. Die Befehle des Generalstabs durchlaufen die ganze Befehlskette und er erwartet von den unteren Stufen umgekehrt Ausführungen und Informationen, die es erlauben, Befehle falls nötig zu berichtigen.

Hingegen ist die Avantgarde ein kleiner Teil der sich in Bewegung befindenden Truppe,



Aufstand der Pariser Kommune 1871.

nisation mehr, die sich zu den Erben der Arbeiter_innenbewegung zählt und sich positiv auf den Begriff der Avantgarde bezieht. Die Einen, von einer antiautoritären

unter ihnen – oder haben sogar explizit darauf verzichtet angesichts der Tragödien und Verbrechen, die im Namen der Avantgarde geschehen sind.

«Die Avantgarde muss offen bleiben für das historische Werden, für den Erfindungsgeist des kämpfenden Proletariats.»

Tradition (z.B. libertäre oder rätedemokratische Strömungen) her kommend, haben den Begriff der Avantgarde schon immer abgelehnt. Sie verstehen ihn als direkten Gegensatz zum Projekt der Selbstemanzipation,

Der hier unternommene Versuch, dieses Konzept wieder aufzunehmen, ist also ein gewagter. Erst recht wenn man sich (wie ich) zu einem nicht autoritären Konzept der sozialen Revolution bekennt; wenn man denkt,

«Die Avantgarde ist vollständiger Bestandteil der Bewegung, ihre vorderste Spitze, ihr suchender Kopf.»

der nach vorne abgesetzt ist von der Mehrheit, um das Terrain zu inspizieren, die vom Feind besetzten Positionen und seine Absichten zu eruieren, ja sogar notfalls eine unvorhergesehene Offensive des Feindes abzuwehren und somit eine erste defensive Linie aufzustellen. Wenn in diesem Sinne die Avantgarde wertvoll und teilweise ausschlaggebend ist, so bleibt sie doch den Befehlen des Generalstabes vollkommen untergeordnet und könnte sich nie an dessen Stelle versetzen.

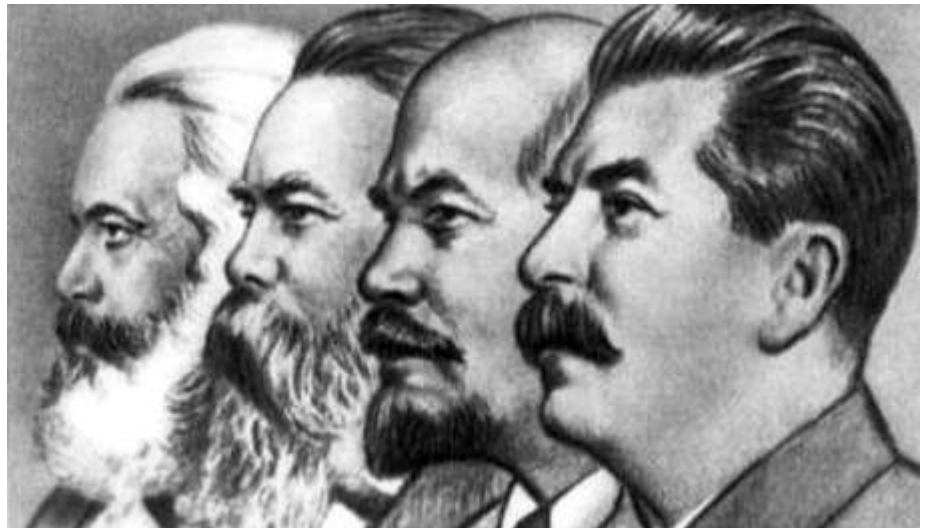
Avantgarde im politischen Sinn

Verlassen wir das militärische Terrain, um auf das politische zurückzukommen. In der Arbeiter_innenbewegung lässt sich die Verwirrung zwischen Avantgarde und Generalstab auf die Zeit der Entstehung politischer Parteien zurückführen, die sich 1889 hauptsächlich rund um die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in der II. Internationalen zusammenschlossen. Zu dieser Zeit kam nämlich ein sehr spezielles Modell der Arbeiter_innenbewegung auf, das sozialdemokratische Modell im Sinne des damaligen Ausdrucks, wie er bis 1914 verwendet wurde. Dieses Modell machte aus der politischen Partei die Organisation der Avantgarde der gesamten sozialen Klasse. Es ordnete somit die Emanzipation des Proletariats der Ergreifung und Ausübung der Staatsmacht unter.¹ Im Geiste ihrer Erfinder und vor allem in der Praxis ihrer Führungsfiguren ist diese Partei viel mehr ein Generalstab als eine Avantgarde: Unter Führung von «intellektuellen» Sozialisten die, erhellet durch den Marxismus, die Gesetze der Geschichte kennen und als einzige in der Lage sind, Entwicklung und Zukunft des Kapitalismus zu verstehen und zu erklären, erschien die sozialdemokratische Partei als Inhaberin der historischen Interessen der Arbeiter_innenbewegung und allein dazu in der Lage, das Proletariat auf dem Weg der Emanzipation zu führen.

Man wird sich wundern, dass die Verwirrung zwischen Generalstab und Avantgarde

hier der sozialdemokratischen Tradition zugeschrieben wird und nicht – wie so oft – dem Leninismus. Das Hauptwerk des Leninismus zu diesem Thema, «Was tun?» (1902), wiederholt nur die grundlegenden Prinzipien der sozialdemokratischen

pen sowie mehr oder weniger formalisierten Organisationen unterschiedlicher Art. Eine solche Avantgarde muss das Ziel verfolgen, theoretisch und praktisch den Horizont der Bewegung zu erforschen; sie muss die Felder erkennen und markieren, auf die es vorzurü-



Wie Avantgarde nicht verstanden werden sollte...

Organisation, welche alle grossen Parteien der II. Internationale damals umsetzten, und passte sie den Umständen des zaristischen Russlands an. Als würdiger Jünger von Kautsky,² auf den er sich mehrmals bezieht, entwickelt Lenin in «Was tun» diejenigen Reformprinzipien der sozialdemokratischen Partei Russlands, die ihre bolschewistische (Russisch für «Mehrheit») Strömung entstehen lässt. Zudem besitzt der Leninismus kein Monopol auf diesen Prinzipien, auch wenn wahrscheinlich in seinen Strömungen, nämlich in der III. und IV. Internationale, diese Prinzipien am rigorosesten angewendet wurden. Wie diese damit Schiffbruch erlitten, ist hinlänglich bekannt...³

Was ist nun eine politische Avantgarde? Generell ist es die vorderste Spitze einer sozialen Bewegung. Sie umfasst eine gewisse Zahl von Einzelkämpfer_innen und isolierte oder in Netzwerken funktionierende Grup-

cken gilt; d.h. theoretische, programmatische, strategische und taktische Positionen entwickeln und diese der Diskussion und der kollektiven Entscheidung unterbreiten. Aber damit erwirbt die Avantgarde nicht das Recht, die gesamte Bewegung führen zu wollen, indem sie sich als Oberbefehlshabe-

«Der Erzieher muss selbst erzogen werden.»

rin aufspielt, um letztlich die Bewegung zu ersetzen. Eine Avantgarde darf also nicht versuchen, eine Bewegung zu führen, an deren Spitze sie steht; sie muss sich damit begnügen, die Bewegung mit ihren Informationen und Analysen zu erhellen, sie mit ihren taktischen und strategischen Vorschlägen zu beraten, sie zu instruieren, aber sie auch anzuhören und von ihr zu lernen.

«Es ist eine Vermittlungsaufgabe, die Engels und Marx den Kommunisten im Manifest der kommunistischen Partei zuschreiben.»

Denn «der Erzieher selbst muss erzogen werden».⁴ Und die Avantgarden müssen sich darauf vorbereiten, manche bittere Lektionen von der Bewegung zu erhalten, der sie den Weg ebnen sollen. Dies ist gerade der Grund, warum die Avantgarde sich nicht als Besitzerin einer absoluten Wahrheit, der einzigen und definitiven Formel betrachten darf, sondern offen bleiben muss für das historische Werden, für die Entwicklung der Kräfteverhältnisse in den Klassenkämpfen und die Wendungen dieser Kämpfe, für den Erfindungsgeist des kämpfenden Proletariats, um wenn notwendig die eigenen Positionen und Vorschläge zu berichtigen. Die Avantgarde befindet sich also in der sozialen Bewegung, sie ist vollständig Bestandteil davon, ihre vorderste Spitze, ihr suchender Kopf.

These 2. Avantgarden sind notwendig

Sie sind sogar im doppelten Sinne notwendig. Einerseits sind sie unausweichlich aufgrund der Ungleichheiten in der Entwicklung von Kämpfen und Organisation, in der Entwicklung des Klassenbewusstseins und eines autonomen politischen Projekts im Verlauf der Emanzipationsbewegung des Proletariats. Diese Ungleichheiten in der Entwicklung ergeben sich aus verschiedenen Faktoren: Konzentration und Zentralisation der Klasse selbst, Positionen von Schichten und Fraktionen derselben in der sozialen und räumlichen Arbeitsteilung, in früheren Kämpfen gesammelte Erfahrungen, nationale politische Strukturen und Traditionen und letztendlich die Stellung der nationalen Formation im globalen kapitalistischen System. Avantgarden sind aber auch notwendig, ja sie sind wünschenswert, sogar unabdingbar, damit die Bewegung für die Emanzipation des Proletariats als Ganzes voranschreitet. Ohne ihre Vermittlung droht jeder Teil oder jeder Sektor der Klasse, sich in seine eigenen Besonderheiten zu verstricken. Es müsste teilweise der gleiche lange und schmerzhaft Weg gemacht werden, der schon von anderen Teilen und Sektoren durchlaufen wurde. Oder es wäre nicht möglich, den anderen



Marsch der Arbeiter nach Pichelsberg (Berlin), 1890.

Sektoren der Arbeiter_innenklasse die theoretischen und praktischen Lehren aus den eigenen Erfahrungen weiterzugeben. Es ist übrigens eine Vermittlungsaufgabe, die Engels und Marx den Kommunisten im Manifest der kommunistischen Partei zuschreiben: «Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, dass sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, dass sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.»⁵ ♦

[Fortsetzung in der nächsten Debatte-Nummer]

1 Zum sozialdemokratischen Modell der Arbeiter_innenbewegung, das sich letztlich gegenüber

dem zur selben Zeit entstehenden revolutionären Syndikalismus durchsetzte, siehe: *Entre bourgeoisie et prolétariat. Le mouvement ouvrier en crise*, Editions Ouvrière (Editions de l'Atelier), 1991.

2 Karl Kautsky, 1954-1938, wichtiger Theoretiker der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), später Gründer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), die eine Zwischenstellung zwischen der Sozialdemokratie der II. Internationale und den Kommunistischen Parteien der III. Internationale einnahm.

3 Historische Quelle des sozialdemokratischen Begriffs der avantgardistischen Partei ist zweifellos das bürgerliche Erbe der Aufklärung. In diesem Fall geht es um die Idee, dass das Volk nur durch eine aufgeklärte Elite emanzipiert (also auf dem Weg zum Fortschritt geführt) werden kann.

4 So steht es in den «Thesen über Feuerbach» von Karl Marx (3. These). Vgl. *Marx Engels Werke*, Band 3, Berlin 1978, S. 5-7.

5 Karl Marx und Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*. Reclam, S. 34.

IMPRESSUM

Herausgeber: Verein pro Debatte c/o Bewegung für den Sozialismus, Postfach 2002, 4001 Basel. PC 60-127876-2.

Redaktion: Hanspeter Gysin, Lothar Moser, Sarah Schilliger, Cedric Schmid, David Soofali, Peter Streckeisen, Karin Vogt, Maurizio Coppola, Roman Künzler

Druck: Deltagraph Biel

Kontakt: kontakt@debatte.ch

Agenda

Lesezyklus – Marx neu entdecken!

Auch 2011 findet in Zürich und Basel ein Lesezyklus zu marxistischer Literatur statt. Alle zwei Wochen treffen wir uns, um aktuelle und klassische Literatur rund dem Marxismus kritisch zu diskutieren. Die Teilnahme steht allen Interessierten offen!

Anmeldung Zürich: info@bfs-zh.ch

Anmeldung Basel: info@bfs-basel.ch

BFS-Weekend – «Warum Antikapitalismus?»

Das schweizweite Jugend-Weekend der BFS. Ein Wochenende mit Diskussionen, Workshops, Filmen und mehr zu folgenden Themen:

- ▶ Was ist der Kapitalismus?
- ▶ Die Krise und ihre Folgen.
- ▶ Die Revolten in der arabischen Welt.
- ▶ Migration und Rassismus.

Da die Räumlichkeiten beschränkt sind, bist du gebeten, dich vorher anzumelden.

Anmeldung Raum Basel: info@bfs-basel.ch / 078 865 68 15

Anmeldung Raum Zürich: info@bfs-zh.ch / 079 775 79 51

Anmeldung Raum Bern: collettivo@gmx.ch / 076 482 80 02 (unabhängig)

«Konjugation statt Repression – Bildung ist kein Verbrechen»

Die Autonome Schule Zürich (ASZ) und Bleiberecht Schweiz tragen ihren Kampf auf die Strasse: Für Selbstverwaltung und Autonomie, für das Grundrecht auf Bildung und Bleiberecht für alle, gegen Ausgrenzung. Gegen die willkürlichen, rassistisch motivierten Übergriffe auf ASZ-Teilnehmende durch die Zürcher Stadtpolizei.

Wann: Samstag, 26. März 2011, 14:00 (Zürich)

Wo: Offizieller Aufruf und Flyer folgen, der Versammlungsort wird auf www.bleiberecht.ch noch bekannt gegeben.

Debatte-Online www.debatte.ch

BFS Zürich www.bfs-zh.ch

BFS Basel www.bfs-basel.ch

BFS Waadt und Genf www.labreche.ch

À l'encontre www.alencontre.org

Solidarietà www.solidarieta.ch

DEBATTE ABONNIEREN

Abonniere die Debatte für Sfr. 20.- ein Jahr lang (4 Ausgaben)!

Verwende dazu den beiliegenden Einzahlungsschein mit dem Vermerk «Abo».

Solidaritäts-Abonnement: ab Sfr. 50.- pro Jahr

Diese Zeitung wird ausschliesslich von ehrenamtlich arbeitenden Redaktorinnen und Redaktoren gemacht. Trotzdem fallen im Zusammenhang mit Druck und Versand der Debatte erhebliche Kosten an. Für Spenden sind wir deswegen dankbar! Spenden an: PC 60-127876-2, Vermerk «Spende».